

Europäische Hochschulschriften

Publications Universitaires Européennes
European University Studies

Claudia Kaiser

Reihe III

Geschichte und ihre Hilfswissenschaften

Série III Series III

Histoire, sciences auxiliaires de l'histoire
History and Allied Studies

Gewerkschaften,
Arbeitslosigkeit und Politische
Stabilität

Deutschland und Großbritannien in der
Weltwirtschaftskrise seit 1929

Bd./Vol. 923



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · Bruxelles · New York · Oxford · Wien



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

2002

Inhaltsverzeichnis

		b) Organisatorische und parlamentarische Einflußmöglichkeiten auf parteipolitische Ebene	238 - 248
Einleitung	1 - 37	IV. Die deutschen und britischen Arbeitsbeziehungen	249 - 291
1. Fragestellungen und Thesen	1 - 8	1. Gewerkschaften zwischen Gesetzgebung und Rechtsprechung: Staatliche Eingriffe zur Gestaltung der Arbeitsbeziehungen	250 - 273
2. Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise	8 - 16	a) Die Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg	250 - 258
3. Quellenlage und Forschungsstand	16 - 37	b) Die Zwischenkriegszeit	258 - 273
I. Arbeitslosigkeit, soziale Lage und Wahlverhalten der Erwerbslosen	39 - 98	2. Zur staatlichen Inkorporierung der Gewerkschaften: Institutionelle Einbindung und informelle Kontakte	273 - 291
1. Strukturen und Entwicklung der Arbeitslosigkeit	40 - 57	V. Die Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit dem politischen Extremismus	293 - 329
2. Die soziale Lage: Materielle, physische und psychische Folgen der Arbeitslosigkeit	58 - 83	VI. Programmatische Reaktionen auf die Weltwirtschaftskrise: Konjunkturpolitik und Planung	331 - 374
3. Wahlverhalten und Wahlergebnisse in der Weltwirtschaftskrise aus der Sicht der organisierten Arbeiterbewegung	83 - 98	1. Die programmatische Entwicklung in den zwanziger Jahren	331 - 356
II. Ökonomische Entwicklung und staatliche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik	99 - 165	2. Unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise	356 - 374
1. Wirtschaftliche Strukturprobleme und konjunkturelle Entwicklung	99 - 117	Resümee:	
2. Staatliche Reaktionen auf die Weltwirtschaftskrise in der Weimarer Republik: Von der Großen Koalition zur national-sozialistischen Machtübernahme	117 - 134	Zur politischen Kultur Deutschlands und Großbritanniens in der Zwischenkriegszeit. Gewerkschaftliche Handlungsspielräume im Vergleich	375 - 392
3. Staatliche Reaktionen auf die Weltwirtschaftskrise in Großbritannien: Die zweite Labour-Regierung und die Nationalen Regierungen	135 - 165	Anhang	393 - 462
III. Organisatorische Handlungsspielräume des ADGB und des TUC in der Weltwirtschaftskrise	167 - 248	Abkürzungsverzeichnis	393 - 394
1. Die Mitgliederentwicklung	167 - 196	Tabellenverzeichnis	395 - 396
2. Die Organisationsstrukturen	196 - 227	Quellen- und Literaturverzeichnis	397 - 462
3. Die Gewerkschaften im politischen System	228 - 248		
a) Ideologische Wurzeln, parteipolitische Bindungen und das Verhältnis zum Staat	228 - 238		

Einleitung

"Just as Alexis de Toqueville travelled to America in 1831 to seek the secrets of democracy so one might journey to England to seek the secrets of stable government."

1. Fragestellungen und Thesen

Massenarbeitslosigkeit, soziales Elend und Existenzängste prägten Anfang der dreißiger Jahre das Leben breiter Bevölkerungsschichten in den von der Weltwirtschaftskrise betroffenen Industriegesellschaften. Den zeitgenössischen Politikern und staatlichen Institutionen stellte sich die Lösung dieser Probleme als innenpolitische Hauptaufgabe, wenn sie nicht ihre Glaubwürdigkeit verlieren und die Stabilität des gesamten politischen Systems gefährden wollten. Dabei waren sie auf die Mitarbeit der großen wirtschaftlichen Interessenverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer angewiesen, die durch ihre Kollektivabkommen über Löhne und Arbeitsbedingungen der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik Grenzen setzen, sie unterstützen oder sogar durchkreuzen konnten. Dies galt im europäischen Kontext auf Arbeitnehmerseite insbesondere für die deutsche und britische Gewerkschaftsbewegung, die die mit Abstand stärksten Organisationen im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) stellten². Auch für die Gewerkschaften selbst stand die Bekämpfung der Rezession ganz oben auf ihrer Prioritätenliste, nicht nur aufgrund ihres Selbstverständnisses als wirtschaftliche und soziale Interessenvertretung der Arbeitnehmer, sondern auch, weil sie durch die Massenarbeitslosigkeit in ihrem Organisationsbestand angegriffen wurden.

¹ Richard Rose, *Politics in England*. Change and Persistence, London usw. 1989(5), S.1.

² Im Jahre 1929 gehörten dem IGB 29 Landeszentralen mit insgesamt 13.800.567 Mitgliedern an (ohne Zählung der italienischen und litauischen Landeszentrale, wo aufgrund der politischen Verhältnisse keine freie gewerkschaftliche Tätigkeit möglich war). Davon stellte die deutsche Landeszentrale allein 5.420.233 Mitglieder, die britische 3.673.144 Mitglieder. Es folgte an dritter Stelle Österreich mit 766.168 Mitglieder, dann Frankreich mit 640.790 Mitgliedern. Vgl. Jahrbuch 1929 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (im folgenden: ADGB-Jahrbuch 19.), Berlin 1930, S.320. Auch in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) stellten die SPD und die Labour Party mit jeweils 40 Stimmen die beiden stärksten Fraktionen. Vgl. Vierter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 25. Juli bis 1. August 1931. Berichte, Verhandlungen und Beschlüsse (Kongreß-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 4/1 u. 4/2), Glashütten i. Taunus 1974 (unveränd. Nachdr. d. Ausg. Zürich 1932), S.887.

Die deutschen und britischen Gewerkschaften³ entwickelten eine Vielzahl an Vorschlägen und Forderungen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die in der vorliegenden Studie vergleichend dargestellt werden. Dabei steht der jeweilige Dachverband - auf der einen Seite der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), auf der anderen der Trades Union Congress (TUC) - im Mittelpunkt der Betrachtung⁴. Die vergleichende Analyse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenpolitik fragt darüber hinaus nach dem jeweiligen Beitrag der beiden Organisationen zum Erhalt der politischen Stabilität in ihrem Land. Negativ formuliert geht sie damit auch einem möglichen Versagen und der Mitverantwortung der deutschen Gewerkschaften für den Untergang der Weimarer Republik nach.

Das Jahr 1933 stellte für die deutschen Gewerkschaften einen entscheidenden Wendepunkt in ihrer Entwicklung dar, während sich für die britischen Gewerkschaften bis zum Kriegeausbruch 1939 kein markanter Einschnitt ergab. Um trotz des in Deutschland und Großbritannien unterschiedlichen zeitlichen Rahmens den Vergleich zu ermöglichen, wurde die vorliegende Untersuchung primär nach systematischen Gesichtspunkten gegliedert. Einer ausführlichen Analyse der gewerkschaftlichen Handlungsspielräume auf politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und organisatorischer Ebene schließt sich daher eine kürzere Darstellung der programmatischen Entwicklung des TUC und des ADGB im

³ Wenn im folgenden kurz von den deutschen Gewerkschaften gesprochen wird, sind damit die "freien" oder sozialdemokratischen Gewerkschaften gemeint, die, als größte der drei gewerkschaftlichen Richtungsorganisationen in der Weimarer Republik, auch der maßgebliche Ansprechpartner für Unternehmerverbände und Regierung waren. 1931 hatte der ADGB 4.134.902 Mitglieder, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands 698.472 Mitglieder, der Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) 149.804 Mitglieder (jeweils ohne Berücksichtigung der angeschlossenen Angestellten- und Beamten-Verbände); vgl. Dietmar Petzina, Werner Abelshauser u. Anselm Faust, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 3: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978, S.111. Für Großbritannien stellen sich diese Differenzierungsprobleme in geringerem Maße, da es dort keine Richtungs-gewerkschaften gab. Jedoch waren nicht alle britischen Gewerkschaften dem TUC angeschlossen. 1931 gehörten rd. 3.613 Mio. Mitglieder (78% aller Gewerkschaftsmitglieder) dem Dachverband an; vgl. Robert Price u. George Sayers Bain, The Labour Force, in: A. H. Halsey (Hg.), British Social Trends Since 1900. A Guide to the Changing Social Structure of Britain, London usw. 1988(2), S.162-201, hier S.191.

⁴ Eine Berücksichtigung der Einzelgewerkschaften erfolgt hingegen nur im Hinblick auf deren Möglichkeiten und Grenzen zur Einflußnahme auf die Politik der Zentralorganisation. Vgl. zu diesem Thema Wolfgang Zöllitsch, Einzelgewerkschaften und Arbeitsbeschaffung: Zum Handlungsspielraum der Arbeiterbewegung in der Spätphase der Weimarer Republik, in: GG 8 (1982), S.87-115. Eine entsprechende Abhandlung für Großbritannien liegt nicht vor, jedoch befassen sich die im Literaturverzeichnis aufgeführten Spezialuntersuchungen zu den Einzelgewerkschaften u.a. auch mit dieser Problematik.

Bereich der Arbeitslosenpolitik unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise und in den dreißiger Jahren an. Die im analytischen Teil herausgearbeiteten generellen Entwicklungstendenzen sollen anhand dieses Fallbeispiels im einzelnen überprüft und verdeutlicht werden.

Jede wissenschaftliche Untersuchung, die die Endphase der ersten deutschen Republik zum Gegenstand hat, muß sich mit den Ursachen ihres Scheiterns auseinandersetzen. Das Spektrum der in der Forschung bereits vorgebrachten Erklärungen ist weit gefächert⁵. Einig sind sich die Historiker jedoch darin, daß der Niedergang des Weimarer Systems und die nationalsozialistische Machtübernahme nur durch ein komplexes Ursachengeflecht, nicht aber durch die monokausale Betonung einzelner Faktoren erklärt werden kann. Daß in der vorliegenden Studie die Gründe politischer Stabilität oder Zerrüttung dennoch am Fallbeispiel der gewerkschaftlichen Arbeitslosenpolitik abgehandelt werden, ist zum einen durch die vergleichende Perspektive bedingt, die eine Eingrenzung des Themas notwendig macht. Zum zweiten hat mich aber eine weitere Überlegung zu dieser Vorgehensweise bewogen. Ohne die beiden Flügelparteien KPD und NSDAP miteinander gleichsetzen zu wollen, läßt sich aus den neueren Ergebnissen der historischen Wahlforschung (vgl. Kap.1.3.) doch die Schlußfolgerung ziehen, daß durch die wirtschaftliche Notlage die Entstehung extremistischer politischer Positionen und demokratiefeindlicher Einstellungen gefördert wurde. In diesem politischen Klima bot sich den Nationalsozialisten die Chance, ein Gesellschaftsmodell vorzustellen, das der Mehrheit der Bevölkerung nicht nur ein Ausweg aus der Krise, sondern schließlich auch die bessere Alternative zum bestehenden System zu sein schien. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen dieses gesellschaftspolitischen Konzeptes trugen einen wichtigen Teil dazu bei.

Das wirtschaftspolitische Sofortprogramm der Nationalsozialisten, das eigens für die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 ausgearbeitet und in seinen Grundzügen von Gregor Strasser in einer Reichstagsrede am 10. Mai 1932 vorgetragen wurde, machte deutlich, daß nicht nur mit der von Brüning eingeschlagenen Deflationspolitik des Sozialabbaus radikal gebrochen werden sollte. Auch die von den Präsidialkabinetten Papen und Schleicher zögernd begonnene Arbeitsbeschaffungs-

⁵ Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen einen Gesamtüberblick über die Forschungslage zur Endphase der Weimarer Republik zu geben, der zudem durch den Forschungsstand zur britischen Entwicklung in den dreißiger Jahren ergänzt werden müßte. Insofern einzelne Titel und Kontroversen direkt für mein Thema relevant sind, werden sie im nachfolgenden Abschnitt zur Quellen- und Literaturlage vorgestellt. Ansonsten verweise ich auf Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 1988; ders., Literaturbericht: Weimarer Republik, 3 Teile, in: GWU 43 (1992), S.311-21, 636-51, 699-721; Dieter Gessner, Das Ende der Weimarer Republik. Fragen, Methoden und Ergebnisse interdisziplinärer Forschung, Darmstadt 1978, sowie für Großbritannien auf Chris Cook u. John Stevenson, The Longman Handbook of Modern British History 1714-1987, London usw. 1989(2), Topic Bibliography, S.386 ff.

politik sollte im Sinne einer antizyklischen Konjunkturpolitik energisch und in weit größerem Umfang als zuvor fortgesetzt werden⁶. Die wirtschaftspolitische Programmatik wurde mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen verbunden, welche die NSDAP zur ersten modernen Integrationspartei und damit mehrheitsfähig machten⁷. Die Nationalsozialisten waren jedoch nicht die einzigen, die die Notwendigkeit einer neuen wirtschaftspolitischen Strategie zur Bekämpfung der Depression erkannten. Im Jahre 1931 bildeten sich an verschiedenen Orten, vor allem in Berlin, Kreise und Gruppen, die zahlreiche Pläne und Vorschläge für eine aktive Konjunkturpolitik erarbeiteten. Ihre Mitglieder kamen aus Wirtschaft und Politik, Verwaltung und Publizistik, während sich die Vertreter der Wirtschaftswissenschaften eher ablehnend verhielten. Im nationalsozialistischen Sofortprogramm gab es somit nichts, "(...) was nicht auch von den Reformern, und zwar früher, besser und fundierter, gesagt worden wäre."⁸

Unter diesen "Reformerkreisen" kam den freien Gewerkschaften besondere Bedeutung zu, da der ADGB die einzige demokratische Massenorganisation der Weimarer Republik war, die die neuen konjunkturpolitischen Ideen zum Programm erhob⁹. Durch ihre enge Verbundenheit mit der Sozialdemokratie und

⁶ Die Reichstagsrede Strassers wurde zunächst als "Wirtschaftliches Sofortprogramm der NSDAP" in hohen Auflagen verbreitet, bis es Hitler nach Einsprüchen der Wirtschaftverbände wieder zurückziehen ließ (vgl. Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918-1933, Berlin 1989, S.503). Der Bevölkerung wurde Hitlers fehlende Unterstützung des Programms ebenso wenig deutlich, wie die Ziele der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, die von Beginn an im Dienste von Aufrüstung und Krieg stand; zur nationalsozialistischen Wirtschafts- politik vgl. z.B. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt/M. 1988; Hans-Erich Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, ders. u. Wolfram Wette (Hg.), Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1989, S.211-435.

⁷ Vgl. J. W. Falter, Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans- Adolf Jacobsen (Hg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 1987, S.484-504.

⁸ Wilhelm Grotkopp, Die große Krise. Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/32, Düsseldorf 1954, S.281. Zu den "Reformerkreisen" vgl. ebda., S.32-43; Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975, S.36-44.

⁹ Vgl. Schneider, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S.44. Die Umsetzung dieser Ideen bezeichnen wir heute als "keynesianische" Wirtschaftspolitik, obwohl es, außer in Großbritannien, auch in anderen Ländern, neben Deutschland auch in Belgien, den Niederlanden, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Frankreich, Schweden und in den USA, eigenständige Überlegungen gab, die in ähnliche Richtung gingen. Teilweise

durch ihre Position als wichtigste Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Rahmen der Weimarer Sozialverfassung hatten die freien Gewerkschaften zudem Möglichkeiten der politischen Einflußnahme. Dennoch gelang es weder dem ADGB noch der SPD, ihre seit den Septembewahlen 1930 verfolgte Politik der Tolerierung des Präsidialkabinetts Brüning für die Durchsetzung von Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu nutzen. Im Gegenteil: Befürchtungen, die mit Beschäftigungsprogrammen verbundene Kreditausweitung könne zu einer erneuten Inflation führen, veranlaßten vor allem die Sozialdemokratie zur Unterstützung der Brüningsschen Deflationspolitik. Zu dieser Haltung trug auch die Bindung der deutschen Arbeiterbewegung an die marxistische Doktrin maßgeblich bei. Danach durfte in den Krisenverlauf nicht eingegriffen werden, da er die Klassenwidersprüche verschärfte und damit das Ziel der sozialistischen Gesellschaftstransformation einen Schritt näherbrachte. In der Forschungsliteratur wurde deshalb der Vorwurf erhoben, der ADGB habe, behindert durch den Immobilitäts der SPD, aber auch durch ideologische Fixiertheit in den eigenen Reihen, die Chance zur Durchsetzung eines erfolgversprechenden Weges zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise vertan. Stattdessen habe er der NSDAP die wirtschaftspolitische Initiative überlassen und trage in dieser Hinsicht eine Mitverantwortung für den Untergang der Weimarer Republik¹⁰. Andere, in ähnlichem Ausmaß von Erwerbslosigkeit betroffenen Länder, darunter Großbritannien, hätten demgegenüber durch

wurden sie auch realisiert, wie etwa der schwedische Arbeitsbeschaffungsplan von 1933 und der im gleichen Jahr gestartete amerikanische "New Deal" (vgl. ebda., S.215-18). John Maynard Keynes verschaffte den vielfältigen, international diskutierten Plänen mit seiner "Allgemeine(n) Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes", Berlin 1983(6) [zuerst ersch. als: "The General Theory of Employment, Interest and Money", London 1936] jedoch eine theoretische Fundierung, die der darauf aufbauenden Politik ihren Namen gab.

¹⁰ Vgl. Robert A. Gates, Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929-1933, in: Hans Mommsen, Dietmar Petzina u. Bernd Weisbrod (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S.206-25; Bernd Martin, Die deutschen Gewerkschaften und die nationalsozialistische Machtübernahme. Von der Anpassungspolitik während der Präsidialkabinette zur Selbstausschaltung im totalitären Staat, in: GWU 36 (1985), S.605-31, hier S.611 f., 622; Hans Mommsen, Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: GM 34 (1983), S.203-18, hier S.214; Heinrich August Winkler, Choosing the Lesser Evil: The German Social Democrats and the Fall of the Weimar Republic, in: JCH 25 (1990), S. 205-27, hier S.220 f.; ders., Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin usw. 1987, S.541.

die frühzeitige Durchführung einer antizyklischen Konjunkturpolitik eine politische Radikalisierung und Destabilisierung verhindert¹¹.

So führt Michael Schneider¹², der die Krisenbekämpfungspolitik in den USA, England, Schweden, Frankreich und Deutschland miteinander verglichen hat, die deutliche Abflachung des Krisenverlaufs in Großbritannien auf die geldpolitischen Maßnahmen der Regierung und ein großangelegtes, kommunales Wohnungsbauprogramm zurück. Wie diese Untersuchung zeigen wird (vgl. Kap.II.1.), wurde der 1932/33 einsetzende "housing boom" jedoch von der privaten Investitionstätigkeit getragen, während die öffentlichen Ausgaben eher zurückgingen. Entsprechend hebt auch William Garside in seinem Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik der britischen Regierungen im europäischen Kontext hervor, daß sie häufig nur Stückwerk gewesen und ad hoc entschieden worden sei. Die Sorge des jeweiligen Kabinetts habe vorrangig dem Ziel des Budgetausgleichs und der Bewahrung der Stellung Londons als internationales Finanzzentrum gegolten, hinter dem die Durchführung staatlicher, defizitär finanzierter Arbeitsbeschaffungsprogramme zurückstehen mußte. Die Geschichte der staatlichen Beschäftigungspolitik in Großbritannien sei aber gerade deshalb keine "missed opportunity" gewesen. Vielmehr gab sie den britischen Regierungen nach 1931 die Gelegenheit, als Wächter des nationalen Interesses zu erscheinen, "(...) prepared to act only at the time and to the extent dictated by circumstance but never out of panic or under duress."¹³

Großbritannien bietet sich als Gegenbeispiel und Gegenstand einer vergleichenden Untersuchung zur Weimarer Entwicklung an, da es die Weltwirtschaftskrise mit bemerkenswert wenigen Veränderungen seiner politischen Institutionen überstand. Folgt man dem bisherigen vergleichenden Forschungsstand zum Scheitern der Weimarer Republik, dann lag eine Ursache der politischen Stabilität in Großbritannien in der Entwicklung und Durchführung einer antizyklischen Konjunktur-

¹¹ Der britische Historiker Robert Skidelsky wirft umgekehrt der von 1929 bis 1931 regierenden Labour Party vor, sie habe in der Weltwirtschaftskrise aufgrund ihrer ideologischen Bindung an den "Utopischen Sozialismus" bei systemverändernden Forderungen zur sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft und einer orthodoxen Wirtschaftspolitik verhartet, anstatt sich mit einem sozialdemokratischen oder gradualistischen Programm der ökonomischen Realität zu stellen. Vgl. ders., *Politicians and the Slump. The Labour Government of 1929-1931*, London 1967, S.xii.

¹² Vgl. Schneider, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S.217; ders., *Von der Deflations- und Arbeitsbeschaffungs politik in der Krise der 30er Jahre. Aspekte eines internationalen Vergleichs*, in: GM 33 (1982), S.65-73, hier S.69 f.

¹³ William R. Garside, *Public Works and Mass Unemployment: Britain's Response in a European Perspective 1919-1939*, in: AFS 27 (1987), S.83-102, Zitat S.102. Vgl. auch Johannes Paulmann, *Arbeitslosigkeit in Großbritannien 1931-1939. Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg*, Bochum 1989, S.149 ff., mit ähnlichem Resümee.

politik, die den Krisenverlauf frühzeitig dämpfte, während der ADGB aufgrund seiner ideologischen Inflexibilität in dieser Hinsicht versagte. Dieser Auffassung wurde allerdings in nichtkomparatistischen Studien zur britischen Wirtschaftspolitik in den dreißiger Jahren grundlegend widersprochen¹⁴. Da eine historische, komparatistisch angelegte Monographie zur Rolle der deutschen und britischen Gewerkschaften in der Depression bisher nicht vorhanden ist, stellen sich für den weiteren Verlauf der Untersuchung folgende Fragen:

a) Wie gestalteten sich die Reaktionen von TUC und ADGB auf die Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise? Welche Handlungsspielräume und Einflußmöglichkeiten zu ihrer politischen Durchsetzung besaßen die beiden Interessenorganisationen? Hatten beide Organisationen maßgeblichen Anteil an der politischen Entscheidungsfindung zur tatsächlich durchgeführten staatlichen Arbeitsmarktpolitik?

b) Kann die politische Stabilität in Großbritannien während der Weltwirtschaftskrise allein auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine antizyklische, defizitär finanzierte Konjunkturpolitik zurückgeführt werden oder wurde die politische Radikalisierung durch andere Faktoren verhindert, an denen der TUC maßgeblich beteiligt war? Hatte der ADGB umgekehrt die gleichen Stabilitätsoptionen und britischen Dachverbandes wesentlich dazu bei, daß im Vereinigten Königreich und in der Weimarer Republik ein unterschiedlicher politischer Weg eingeschlagen wurde, der in Deutschland in die nationalsozialistische Diktatur führte, in Großbritannien aber die Demokratie bewahrte?

Mit diesen Fragen wird zugleich die These zur Diskussion gestellt, daß weder der Umfang der Arbeitslosigkeit noch die Art der wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung den ausschlaggebenden Faktor bildeten, der zu dieser unterschiedlichen Entwicklung beitrug. Von maßgeblicher Bedeutung war dagegen die legitimatorische Absicherung der staatlichen Arbeitsmarktpolitik in breiten Bevölkerungsteilen durch die gleichberechtigte Einbeziehung der wirtschaftlichen Interessenverbände, und somit auch der Gewerkschaften, in den diesbezüglichen politischen Entscheidungsfindungsprozeß. Damit ist konkret die Form der Entstehung und Durchführung staatlicher Maßnahmen und Entscheidungen gemeint, die Verfahrensweise also, in der nationale staatliche und partikuläre gesellschaftliche Interessen miteinander vermittelt werden. Die Rolle des Vermittlers im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich nehmen in entwickelten Industrieländern die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeit-

¹⁴ Vgl. Alan Booth u. Melvyn Pack, *Employment, Capital and Economic Policy: Great Britain 1918-1939*, Oxford 1985, S.94-122; Frederic M. Miller, *The Unemployment Policy of the National Government 1931-1936*, in: HJ 19 (1976), S.453-76, insb. S.460-65; Sidney Pollard, *The Development of the British Economy 1914-1980*, London usw. 1991(3), S.151-53.

nehmer wahr. Hier stellte sich die Aufgabe, die sie neben der reinen Interessenvertretung zur Stabilisierung des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems erfüllen mußten. Bei der Suche nach einer Antwort auf ihre zentrale Frage nach dem gewerkschaftlichen Beitrag zur politischen Stabilität folgt diese Untersuchung somit den Spuren des britischen Historikers Keith Middlemas, der in diesem Zusammenhang feststellt hat:

"In reacting against the threat of revolution, to the extent of modifying ancient preoccupations about the political system, Britain developed its own distinctive form of triangular collaboration in the industrial sphere, between government, trade unions and the business class, just as in the field of parliamentary politics the Labour Party grew harmoniously to rival Conservatives and supersede the Liberals. Given the similarity of industrial experience and structural change in these three countries [Deutschland, Frankreich und Großbritannien; C. K.] in wartime, the contrast between political stability on one hand, and instability and class conflict on the other, cannot be ascribed wholly to social or economic differentiation, and must be explained by development in the political system, consciously willed and brought about."¹⁵

2. Theoretische Grundlagen und methodische Vorgehensweise

Wer nach der Verantwortung der Gewerkschaften für die politische Stabilität fragt, muß vor allem die Beziehungen zwischen ihnen, dem Staat und den Unternehmervverbänden in den Blick nehmen. Die Bedeutung der deutschen und britischen Gewerkschaften für die politische und gesellschaftliche Entwicklung ihres Landes wurde und wird jedoch in der Geschichtsschreibung von sehr unterschiedlichen Sichtweisen her untersucht¹⁶. So zielt die Fragestellung organisationsgeschichtlicher Studien stets auf die Politik der Gewerkschaftsspitze. Konflikte zwischen Verbandsführung und Basis werden zwar kritisch thematisiert, deren Unterdrückung jedoch zugunsten einer effektiven zentralisierten Interessenvertretung wohlwollend akzeptiert. Dagegen richtete sich seit den sechziger und siebziger Jahren das Interesse der Vertreter der Alltagsgeschichte bzw. der "rank-and-file-sts" in der britischen "labour history" vor allem auf die Lage und das Bewußtsein der Arbeiter an der Basis und führte teilweise dazu, daß die Betrachtung

¹⁵ Ders., *Politics in Industrial Society. The Experience of the British System since 1911*, London 1979, S.123.

¹⁶ Vgl. zum folgenden Jonathan Zeitlin, *From Labour History to the History of Industrial Relations*, in: *ECHR* 40 (1987), S.159-84; andere Schwerpunkte setzt Jürgen Kocka, *New Trends in Labour Movement Historiography: A German Perspective*, in: *IRSH* 42 (1997), S.67-78.

tung der von den Gewerkschaften erreichten wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen in den Hintergrund trat. Stattdessen wurde häufig die disziplinierende Wirkung der Gewerkschaften auf die Arbeiter kritisch hervorgehoben und von einem fundamentalen Interessengegensatz zwischen der gewerkschaftlichen Führung und den einfachen Mitgliedern ausgegangen. Zu unterscheiden sind hier allerdings marxistisch inspirierte Arbeiten, die sich gegen reformistische Strategien der Gewerkschaften wenden, von Untersuchungen mit einer, wie es Gerhard A. Ritter formuliert hat, "nicht zu unterschätzende(n) 'grüne(n)' Komponente", mit der oft "auch eine bewußt kritische Einschätzung der heutigen Industriegesellschaft, der Massenkultur und der Gefahren der modernen Wissenschaft sowie die Suche nach verschütteten Alternativen in der angeblich 'heilen Welt' der Vergangenheit verbunden" ist¹⁷.

Vor allem in den angelsächsischen Ländern entwickelte sich daneben die stark interdisziplinär arbeitende "industrial relations" - Forschung als ein dritter Ansatz der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung¹⁸. Ganz anders als die "rank-and-file-sts" stellt er wieder die gewerkschaftlichen Organisationen in den Mittelpunkt. Dabei untersucht er aber nicht primär, wie der organisationsgeschichtliche Ansatz, deren organisatorische Entwicklung als "pressure group"¹⁹, sondern hat die Strukturen

¹⁷ Gerhard A. Ritter, *Die neuere Sozialgeschichte in der Bundesrepublik*, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Sozialgeschichte im internationalen Überblick. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung*, Darmstadt 1989, S.19-88, Zitat S.59. Vgl. auch James E. Cronin, *Neither Exceptional nor Peculiar. Towards the Comparative Study of Labor in Advanced Society*, in: *IRSH* 38 (1993), S.59-75, der die Dominanz der marxistischen Interpretation in der britischen "labour history" beklagt.

¹⁸ Im deutschsprachigen Raum konnte sich diese Thematik bisher nicht in dem Ausmaß als eigenständige Forschungsrichtung etablieren, wie es im anglo-amerikanischen Raum der Fall war. So fehlt z.B. eine Gesamtdarstellung der Entwicklung der deutschen Arbeitsbeziehungen ebenso wie entsprechende Untersuchungen auf Branchenebene für die meisten Industriezweige und den Dienstleistungssektor. Sowohl Fritz Blaich, *Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945*, Wiesbaden 1979, als auch Hans-Peter Ullmann, *Interessenverbände in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, schließen die "Sonderfälle" Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände als Untersuchungsgegenstand ihrer Darstellung aus. Vgl. auch den Forschungsbericht von Matthias Freese, der die Forderung aufstellt, daß sich die moderne deutsche Gewerkschaftsgeschichte erweitern müsse, "(...) sich z.B. in eine Geschichte der industriellen Beziehungen wandeln und stärker als bisher von problematischen und organisationsstrukturellen Studien hin zu Problemfeldern gewerkschaftlicher Tätigkeit bewegen [müsse]." (Kooperation und Konflikt. Neuere Studien zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: *Neue Politische Literatur* 36 (1991), S.405-49, Zitat S.444 f.)

¹⁹ Vgl. Rupert Breiting, *Die zentralen Begriffe der Verbandsforschung. "Pressure Group", Interessengruppen, Verbände*, in: *PVS* 1 (1960), S.47-73.

und den Wandel der Arbeitsbeziehungen²⁰ zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat insgesamt im Auge²¹. Wie die bisherigen Ansätze geht auch diese Konzeption von prinzipiellen Interessengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit aus, jedoch in einem System der Konfliktregelung, in dem gesellschaftliche und politische Interessenkonflikte auf dem Verhandlungsweg ausgetragen und, wenn möglich, in tragfähigen Kompromissen ausgeglichen werden können.

Den meisten Studien zur Gewerkschaftsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg, ganz gleich, welchen Ansatz sie verfolgten, lag lange Zeit die Neo-Pluralismustheorie zur Erklärung des Einflusses der Verbände auf den Staat zugrunde²². Danach wird die Konkurrenz zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen und Parteien als ein wesentliches Strukturmerkmal westlicher Industriegesellschaften interpretiert. Durch die Einwirkung ("pressure") der Ver-

²⁰ Ich ziehe den Begriff "Arbeitsbeziehungen" der direkten Übersetzung "Industrial Relations" vor, die zu sehr auf den sekundären Sektor hin konzipiert ist. Arbeitsbeziehungen gilt es hingegen auch im agrarischen und Dienstleistungssektor zu untersuchen.

²¹ Vgl. Werner Abelhauser, *Konflikt und Kooperation. Strategien europäischer Gewerkschaften im 20. Jahrhundert*, Essen 1988; Gerald D. Feldman u. Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich*, München 1989. Für Großbritannien: Rodger Charles, *The Development of Industrial Relations in Britain 1911-1939. Studies in the Evolution of Collective Bargaining at National and Industry Level*, London 1973; Hugh A. Clegg, Alan Fox u. A. F. Thompson, *A History of British Trade Unions Since 1889*, Bd. 1: 1889-1910, Oxford 1964; Hugh A. Clegg, *A History of British Trade Unions Since 1889*, Oxford, Bd. 2: 1911-1933 (1985), Bd. 3: 1934-1951 (1994); Chris J. Wrigley (Hg.), *A History of British Industrial Relations*, Brighton, Bd. 1: 1875-1914 (1982); Bd. 2: 1914-1939 (1987). Für Deutschland: Benno König, *Interessenvertretung am Arbeitsplatz: Betriebsrätepraxis in der Metallindustrie 1920-1933*, in: Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1991, S.66-90; Michael Ruck, *Gewerkschaften - Staat - Unternehmer. Die Gewerkschaften im sozialen und politischen Kräftefeld 1914-1933*, Köln 1990; Klaus Schönhoven, *Von der Kooperation zur Konfrontation. Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat in der Weimarer Republik*, in: Frank von Auer u. Franz Segbers (Hg.), *Sozialer Protestantismus und Gewerkschaftsbewegung. Kaiserreich - Weimarer Republik - Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1994, S.131-48.

²² In der Bundesrepublik wurde die Neo-Pluralismustheorie maßgeblich von Ernst Fraenkel konzipiert. Sie entwickelte sich seit Ende der fünfziger Jahre zum leitenden Paradigma der westdeutschen politikwissenschaftlichen Verbändeforschung; vgl. den Forschungsüberblick bei Ulrich von Alemann u. Rolf G. Heinze, *Verbandspolitik und Verbändeforschung in der Bundesrepublik*, in: dies. (Hg.), *Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente*, Opladen 1979, S.12-37, hier S.13-22. In Großbritannien wird der Pluralismus-Ansatz explizit durch den sog. "Oxford approach", z.B. durch H. A. Clegg, A. Fox und den deutschstämmigen O. Kahn-Freund, repräsentiert.

bände und Parteien auf den politischen Willensbildungsprozeß entsteht nach dieser Theorie ein gesellschaftliches Kräftegleichgewicht im politischen System, das der Stabilität dient. Demgegenüber wird in der neueren Forschung zunehmend stärker problematisiert, daß das Verhältnis der Verbände zum Staat nicht ausreichend erfaßt wird, wenn es ausschließlich als Einbahnstrasse der Ausübung von Druck beschrieben wird. Stattdessen schaltet sich der Staat mitunter aktiv in die Kollektivbeziehungen ein oder greift als Sozialstaat auch aus eigener Initiative Arbeitnehmerinteressen auf. Gleichzeitig stellen die Gewerkschaften häufig Partikularinteressen zurück und setzen die Zustimmung zu politischen Handlungen und Zielen des Staates bei ihren Mitgliedern durch, wenn sie es im gesamtgesellschaftlichen Interesse für notwendig halten. Diese Überlegungen führten zu einer Neukonzeption der "industrial relations" - Forschung, in die sich die vorliegende Untersuchung methodisch einordnet²³.

Schon seit dem Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre entstanden auch in der Bundesrepublik vermehrt Aufsätze und Monographien zur Geschichte der Arbeitsbeziehungen, angeregt durch eine theoretische Debatte in der politikwissenschaftlichen Verbandsforschung, welche die gegenwärtige Entwicklung der anglo-amerikanischen "industrial relations" - Forschung begleitete²⁴. Ausgelöst wurde die

²³ Zur methodischen Vorgehensweise der Arbeit vgl. auch Jürgen Kocka, *Comparative Historical Research: German Examples*, in: IRSH 38 (1993), S.369-79; ders., *Paradigmenwechsel? Die Perspektive der "Historischen Sozialwissenschaft"*, in: Bernd Mutter u. Siegfried Quandt (Hg.), *Historie - Didaktik - Kommunikation. Wissenschaftsgeschichte und aktuelle Herausforderungen*, Marburg 1988, S.65-80; ders., *Theorien in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte. Vorschläge zur historischen Schichtungsanalyse*, in: GG 1 (1975), S.9-42; Heinz-Gerhard Haupt u. ders. (Hg.), *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt a.M./New York 1996; Hans-Jürgen Puhle, *Theorien in der Praxis des vergleichenden Historikers*, in: Jürgen Kocka u. Thomas Nipperdey (Hg.), *Theorie und Erzählung in der Geschichte*, München 1979, S.119-36; Hans-Ulrich Wehler, *Anwendung von Theorien in der Geschichtswissenschaft*, ebd. S.17-39; Theodor Schieder, *Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Methoden in der Geschichtswissenschaft*, in: ders., *Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung*, München usw. 1965, S.187-211.

²⁴ Vgl. z.B. Werner Abelhauser, *The First Post-Liberal Nation: Stages in the Development of Modern Corporatism in Germany*, in: *European History Quarterly* 14 (1984), S.285-318; ders., *Freiheitlicher Korporatismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, in: ders. (Hg.), *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*, Stuttgart 1987, S.147-70; Johannes W. Bähr, *Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919-1932*, Berlin 1989; Ulrich Nocken, *Korporatistische Theorien und Strukturen in der deutschen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts*, in: Ulrich von Alemann (Hg.), *Neokorporatismus*, Frankfurt/M. usw. 1981, S.17-39; ders., *Korporatismus und Pluralismus in Modern German History*, in: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt u. Peter-Christian Witt (Hg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen*

Diskussion durch eine 1974 erschienene Abhandlung des nordamerikanischen Politologen Philippe Schmitter. Darin schlug er vor, das ideengeschichtlich alte und durch die Erfahrung des Faschismus und Nationalsozialismus stark vorbelastete Konzept des Korporatismus zur Analyse und Erklärung des modernen Systems der Interessenrepräsentation in Industriegesellschaften seit dem Zweiten Weltkrieg zu nutzen. Ausdrücklich wollte Schmitter das Konzept allerdings von allen ideologisch-normativen Inhalten befreit und auf die Verfahrensweisen oder organisatorischen Arrangements beschränkt wissen, "(...) for linking the associationaly organized interests of civil society with the decisional structures of the state. As such it is one of several possible modern configurations of interest representation, of which pluralism is perhaps the best-known and most frequently acknowledged alternative"²⁵.

In einer idealtypischen Gegenüberstellung von Pluralismus und Korporatismus definierte er letzteren als "(...) ein System der Interessenvermittlung, dessen wesentliche Bestandteile organisiert sind in einer begrenzten Anzahl singulärer Zwangsverbände, die nicht miteinander in Wettbewerb stehen, über eine hierarchische Struktur verfügen und nach funktionalen Aspekten voneinander abgegrenzt sind. Sie verfügen über staatliche Anerkennung oder Lizenz, wenn sie nicht sogar auf Betreiben des Staates hin gebildet worden sind. Innerhalb der von ihnen vertretenen Bereiche wird ihnen ausdrücklich ein Repräsentationsmonopol zugestanden, wofür sie als Gegenleistung bestimmte Auflagen bei der Auswahl des Führungspersonals und bei der Artikulation von Ansprüchen oder Unterstützung zu beachten haben."²⁶

Entsprechend konkurrierte im Pluralismus eine nicht näher bestimmte Anzahl verschiedener, freiwilliger, nicht hierarchischer und autonomer organisierter Gruppen miteinander, die weder eine staatliche Lizenz, Anerkennung oder Unterstützung besäßen, noch auf staatliche Initiative hin gebildet worden seien oder hinsichtlich der Rekrutierung von Führungspersonal oder der Interessenartikulation staatlicher Kontrolle unterlägen²⁷.

Sozialgeschichte, Bonn 1978, S.37-56; Bernd Weisbrod, Kapital und Arbeit: Der umstrittene Gesellschaftsvertrag, in: Lutz Niethammer u.a. (Hg.), Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven, Frankfurt/M. 1990, S.332-47, 679-83; Methodenkritik bei Klaus von Beyme, Der Neokorporatismus - Neuer Wein in alte Schläuche?, in: GG 10 (1984), S.211-33.

²⁵ Philippe C. Schmitter, Still The Century of Corporatism?, in: Review of Politics 36 (1974), S.85-131, hier S.86 (Hervorh. i. Orig.).

²⁶ Ders., Interessenvermittlung und Regierbarkeit, in: Alemann u. Heinze (Hg.), Verbände und Staat, S.92-114, Zitat S.94 f. (engl. Orig.fassung d. Def. in: ders., Century, S.93 f.).

²⁷ Vgl. ebda., S.94 (bzw. S.96 in engl. Orig.fassung).

Schmitters Anliegen war es vor allem, ein Erklärungsmodell der Interessenrepräsentation zu unterbreiten, das deren Erscheinungsformen seit dem Zweiten Weltkrieg²⁸ besser erfaßt als das bis dahin vorherrschende Pluralismus-Paradigma. Letzteres blendet strukturelle gesellschaftliche Ungleichheiten aus, indem es von der gleichmäßigen, wenn auch konkurrierenden, Einflußnahme aller gesellschaftlichen Interessengruppen auf das politisch-administrative System ausgeht. Tatsächlich läßt sich aber gerade im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine zunehmende Kartellisierung und Monopolisierung der organisierten Interessenvertretung durch Gewerkschaften und Unternehmensverbände beobachten, während gleichzeitig die Interessen gesellschaftlicher Gruppen mit eingeschränkten Möglichkeiten der Organisation und Konfliktaustragung, also z.B. Frauen, Alte, Behinderte oder Arbeitslose, politisch nicht in gleichem Maße vertreten und daher marginalisiert werden²⁹. Da also das Korporatismus-Konzept den Schein der Gleichheit gesellschaftlicher Gruppen im Prozeß der Interessenvermittlung zerstört, vermag es besser als der Pluralismus-Ansatz, gesellschaftliche Machtstrukturen aufzudecken und Erklärungen der Stabilitätsbedingungen von Industriegesellschaften zu liefern. Die hier vorliegende Analyse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenpolitik in Deutschland und Großbritannien nutzt daher den Schmitterschen Idealtypus "Korporatismus" für ihre Fragestellung. Dabei wird zu berücksichtigen sein, daß die historische Realität mit der idealtypischen Definition nur unvollkommen und in vielfach modifizierter Form übereinstimmt. Schmitter selbst hat darauf hingewiesen, daß seine Typen bewußt statisch und deskriptiv gewählt wurden, weil mit ihnen nicht auf noch im Entstehen begriffene, sondern auf erworbene Eigenschaften aufmerksam gemacht werden soll, wie sie im heutigen System der Interessenvermittlung in liberal-demokratischen, kapitalistischen Ländern zu beobachten sind. In Gang gesetzt seien ihre Erscheinungsformen jedoch Produkte sehr verschiedener politischer, sozialer und ökonomischer Prozesse, Träger sehr verschiedener Macht- und Einflußbeziehungen und Lieferanten unterschiedlicher politischer Lösungen. Schmitter differenzierte deshalb zwischen zwei historisch verschiedenen Subtypen, die er "gesellschaftlicher Korporatismus" und "Staatskorporatismus" nannte.

Danach kommt im gesellschaftlichen Korporatismus die begrenzte Anzahl der Partizipanten aufgrund freiwilliger Absprachen und Vereinbarungen zwischen den

²⁸ Vgl. die knappe Zusammenfassung der diesbezüglichen Entwicklung im internationalen Vergleich bei Roland Czada, Korporatismus, in: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 2: Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft - Gesellschaft - Politik, hrsg. v. Manfred G. Schmidt, München usw. 1983, S.209-18.

²⁹ Zu den anti-egalitären Elementen korporatistischer Arrangements im soziopolitischen System vgl. Claus Offe, Korporatismus als System nichtstaatlicher Makrosteuerung? Notizen über seine Voraussetzungen und demokratischen Gehalte, in: GG 10 (1984), S.234-56.

beteiligten Gruppen und zwischen ihnen und dem Staat zustande. Aufgrund von de facto vorhandenem sozialen Druck, von vertraglich vereinbarter Beitragseinzahlung und anderen Regelungen auf freiwilliger Basis ergibt sich ein Zwang zur Mitgliedschaft in den beteiligten Organisationen. Die staatliche Anerkennung erfolgt aufgrund gesellschaftlichen Drucks von unten und als politische Notwendigkeit; das Repräsentationsmonopol ist dementsprechend unabhängig erkämpft worden. Ein staatskorporatistisches Interessenvermittlungssystem ist dagegen u.a. durch eine von der Regierung begrenzte Anzahl von Teilnehmern gekennzeichnet. Eine de jure durch Arbeitsgesetzgebung oder auf anderem offiziellen Wege verordnete, ausschließlich gewährte Autorität der Partizipanten beinhaltet den Zwang zur Mitgliedschaft. Die staatliche Anerkennung ist die Voraussetzung für Bildung oder Weiterbestehen einer Interessenvereinigung, das Repräsentationsmonopol ist daher auch von einem staatlichen Zugeständnis abhängig.³⁰

Beide Grundtypen des Korporatismus seien Teil sehr unterschiedlicher historischer Entwicklungsprozesse: "Societal corporatism appears to be the concomitant, if not ineluctable, component of the post-liberal, advanced capitalist, organized democratic welfare state; state corporatism seems to be a defining element of, if not structural necessity for, the antiliberal, delayed capitalist, authoritarian, neomercantilist state."³¹

Schmitters historisches Entwicklungsschema erinnert in vieler Hinsicht an das Modell des "Organisierten Kapitalismus", das auf den sozialdemokratischen Theoretiker der Zwischenkriegszeit Rudolf Hilferding zurückgeht und in den siebziger Jahren von einigen deutschen Historikern wieder aufgegriffen und zunächst favorisiert wurde.³² Diese Protagonisten der These eines "deutschen Son-

³⁰ Vgl. Schmitter, Interessenvermittlung, S. 95-97; ders., Century, S. 103-105; vgl. auch Gerhard Lehmann, Wandlungen der Interessenpolitik im liberalen Korporatismus, in: Alemann u. Heinze (Hg.), Verbände und Staat, S. 50-71, der zwischen "liberalem" und "autoritärem" Korporatismus unterscheidet, inhaltlich aber dasselbe meint.

³¹ Schmitter, Century, S. 105.

³² Vgl. Hans-Jürgen Puhle, Historische Konzepte des entwickelten Industriekapitalismus. "Organisierter Kapitalismus" und "Korporatismus", in: GG 10 (1984), S. 165-84; die Beiträge in: Heinrich August Winkler (Hg.), Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974; kritisch dazu ders., Organisierter Kapitalismus? Versuch eines Fazits, in: ders., Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979, S. 264-71; Doris von der Brölen-Lewien, Der Aufstieg des Nationalsozialismus - unvermeidliches Ende des "deutschen Sonderweges" in Europa?, in: Helga Grebing, Der "deutsche Sonderweg" in Europa 1806-1945. Eine Kritik, Stuttgart usw. 1986, S. 138-195, hier S. 168-193. Zu den verschiedenen historiographischen Interpretationsansätzen zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft seit dem Ersten Weltkrieg bis 1933 vgl. auch Gerold Ambrosius, Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 1990, S. 70-72, 75-78.

derweges" entwickelten eine Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kriterien, die den Übergang des Industrialisierungsprozesses zum "organisierten Kapitalismus" erfassen und beschreiben sollten³³. Beide Modelle - sowohl Schmitters als auch das deutsche - erhielten damit einen problematisch weiten und generalisierenden Systemcharakter, gekennzeichnet durch einen umfassenden Katalog von Merkmalen, die eine empirische Überprüfung entweder erschweren oder ihr im Einzelfall nicht standhielten. So ist es wohl kein Zufall, "(...) daß es, von Ausnahmen abgesehen, nach wie vor keine umfassenden Vergleichsstudien gibt, die erst ganz überzeugend den Beweis erbringen könnten, inwieweit die Sonderweg-These vor dem Hintergrund der politischen und der gesellschaftlichen Entwicklung anderer Länder tragfähig ist, oder ob sich ein Wechsel der Interpretationsmuster als notwendig aufdrängt."³⁴

Aufgrund der Beschränkung des Korporatismus-Konzeptes auf die Prozesse von Interessenartikulation, -organisation und -abstimmung, die letztlich schon Schmitter selbst vornahm, wurde nun aber seitens der Befürworter des "Organisierten Kapitalismus" - Modells neue Kritik laut. So wurde der Vorwurf zu enger, begrenzter Erklärungskapazitäten, der Industrielastigkeit und der Ausklammerung bedeutsamer wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen, z.B. der Klassenbildung, sowie deren politischer Konsequenzen erhoben³⁵. Dem ist entgegenzuhalten, daß Schmitters Konzept durch die weitere Unterteilung in eine staatliche und eine gesellschaftliche Erscheinungsform "ein empirisch nutzbares System für eine analytische Differenzierung verschiedener historischer Strukturen und Entwicklungen" bietet, dessen Kriterien zwar die "allesumfassende Tendenz eines Großkonzeptes wie Organisierter Kapitalismus"³⁶ vermeiden, dessen Ergebnisse aber dennoch Hinweise auf Veränderungen in politischen und gesellschaftlichen System eines Landes geben. Die Anwendung staatskorporatistischer Verfahrensweisen könnte zum Beispiel in diesem Zusammenhang ein Anzeichen des Abbaus pluralistisch-demokratischer Systemeigenschaften sein. In Abweichung von

³³ Vgl. den Überblick bei Puhle, Historische Konzepte, S. 168f.

³⁴ Grebing, Der "deutsche Sonderweg", Vorwort, S. 9 f. Christiane Eisenberg hat gezeigt, daß im Einzelfall einige der die deutsche Arbeiterbewegung betreffenden Argumente der Sonderweg-These einer empirischen komparatistischen Betrachtung der deutschen und britischen Arbeiterbewegung vor 1914 nicht standhalten können, andere hingegen bestätigt werden (vgl. "The Comparative View in Labour History. Old and New Interpretations of the English and German Labour Movements before 1914", in: IRSH 34 (1989), S. 403-32).

³⁵ Vgl. Puhle, Historische Konzepte, S. 183. Vgl. für einen Überblick zum Stand der Korporatismus-Forschung Peter J. Williamson, Corporatism in Perspective. An Introductory Guide to Corporatist Theory, London 1989.

³⁶ Nocken, Korporatistische Theorien, S. 21.

Schmitters Definition ist es jedoch sinnvoller, die im folgenden vorgenommene Unterscheidung von Voluntarismus und Korporatismus als alternative Verfahrensweisen der Konfliktregulierung in pluralistischen und demokratischen Industriegesellschaften zu treffen³⁷. Voluntarismus wird dabei als die bewußte Minimierung der politischen Regulierung der Arbeitsbeziehungen ("abstention of law and state") und Korporatismus als Interessenvermittlung zwischen staatlichen Institutionen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verstanden. Demgegenüber bezeichnet der von Schmitter verwendete Begriff "Pluralismus" eine Systemeigenschaft demokratischer Herrschaftsweise: "Eine demokratische Gesellschaft ist pluralistisch, oder sie ist nicht demokratisch."³⁸

3. Quellenlage und Forschungsstand

Die Auswahl der Quellen wurde von der Konzeption der vorliegenden Arbeit geleitet. Zum einen sollte die gewerkschaftliche Arbeitslosenpolitik in der Weltwirtschaftskrise rekonstruiert, zum anderen dem Ausmaß der gewerkschaftlichen Einbindung in den staatlichen Entscheidungsprozeß im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nachgegangen werden. Entsprechend standen die archivalischen Überlieferungen des ADGB und des TUC im Vordergrund, jeweils ergänzt durch das Korrektiv der staatlichen Akten im Bundesarchiv Koblenz und Potsdam für Deutschland und im Public Record Office in Kew für Großbritannien.

Der TUC hat seine schriftlichen Aufzeichnungen seit den zwanziger Jahren bis einschließlich 1960 als Dauerleihgabe dem Modern Records Centre übergeben, das der University of Warwick in Coventry angeschlossen ist. Gleichzeitig wurde eine Vereinbarung zur regelmäßigen Aufstockung getroffen³⁹. Die sich darunter

³⁷ Zur theoretischen Diskussion um Korporatismus als Systemeigenschaft oder als Strukturvariante vgl. die kontroversen Beiträge von Andrew Cox, *The Old and New Testaments of Corporatism: Is it a Political Form or a Method of Policy-making?*, in: *Political Studies* 36 (1988), S.294-308, und Alan Cawson, *In Defence of the New Testament: A Reply to Andrew Cox*, *"The Old and New Testaments of Corporatism"*, in: ebd., S. 309-15.

³⁸ Vgl. André Kaiser, *Staatshandeln ohne Staatsverständnis. Die Entwicklung des Politikfeldes Arbeitsbeziehungen in Großbritannien 1965-1990*, Bochum 1995, insb. S.46-66, Zitat S.47. Unter Voluntarismus werden hier, gemäß der im angelsächsischen Sprachraum verbreiteten Verwendung, "auf Freiwilligkeit beruhende Beziehungen oder Strategien" und nicht die im Deutschen damit bezeichnete philosophische Lehre verstanden.

³⁹ Vgl. S. Duffield u. R. Storey, *The Trades Union Congress Archive 1920-60* (University of Warwick Library Occasional Publication No.19, Modern Records Centre Sources Booklet No.5), Coventry 1992; *Trades Union Congress Deposited Records* (MSS.292) (Modern Records Centre Information Leaflet No.9), Coventry 1992.

befindenden Akten der beiden Hauptgruppen "Unemployment 1921-1960" und "Unemployment Insurance 1922-1948" dokumentieren erschöpfend die Forderungen und Aktivitäten des Dachverbandes der britischen Gewerkschaften im Bereich der Arbeitslosenpolitik. Sie enthalten nicht nur chronologisch und thematisch geordnete Nachweise über sämtliche Kontakte in Form eines Schriftwechsels oder in persönlichen Gesprächen mit staatlichen Stellen und den Unternehmensverbänden in diesem Politikfeld. Auch die diesbezügliche Korrespondenz mit den regionalen und lokalen Unterorganisationen, den Einzelgewerkschaften und der Labour Party sowie Hinweise auf die Entscheidungsfindung im TUC-Vorstand (General Council) finden sich hier.

Im Vergleich zur britischen Quellenlage weist die Überlieferung des ADGB zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenpolitik in der Weltwirtschaftskrise aufgrund von Zerstörungen und Verlusten infolge der nationalsozialistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges große Lücken auf. Unterlagen zum internen Meinungsaustausch des Vorstands mit den Unterorganisationen und angeschlossenen Einzelgewerkschaften über die Arbeitslosenpolitik fehlen größtenteils. Auch die neuerdings zugänglichen Akten des ehemaligen Zentralarchivs des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der DDR, die jetzt von der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, verwahrt werden, konnten diesen Mangel nicht beheben⁴⁰. Lediglich für den Aspekt des "Freiwilligen Arbeitsdienstes" bieten die Restakten des ADGB im Archiv des August-Bebel-Instituts bei der Historischen Kommission zu Berlin einen ähnlich aufschlußreichen Quellenfundus wie die Überlieferungen seiner britischen Kollegen. Die Darstellung der Meinungsfindungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb des ADGB muß sich deshalb auf Dokumente stützen, die eher den Endpunkt als das Anfangsstadium und die Entwicklung einer Diskussion wiedergeben. Darunter fallen insbesondere die Nachlässe einzelner Funktions-träger, offizielle Verlautbarungen und Druckschriften des ADGB, die Berichterstattung in der Presse, die Protokolle der Bundesvorstands- und Bundesausschußsitzungen sowie die Jahrbücher und die 1928, 1931 und 1932 stattgefundenen Kongresse des ADGB.

⁴⁰ Vgl. Detlev Brunner, *Quellen zur Gewerkschaftsgeschichte. Bestandsverzeichnisse Ostberliner Archive zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1933*, Essen 1992. Die im früheren FDGB-Archiv enthaltenen Überlieferungen der Einzelgewerkschaften und Ortsausschüsse des ADGB befassen sich primär mit der internen Entwicklung dieser Organisationen. Die ADGB-Vorstandskorrespondenz im Archiv der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, enthält zwar einzelne, die Arbeitslosenpolitik betreffende, jedoch zusammenhanglose Schreiben, die keine Rekonstruktion kontinuierlicher Meinungsbildungsprozesse über einen längeren Zeitraum hinweg erlauben. Winkler, Weg, verzeichnet diese Akten noch unter den Beständen des Archivs beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB-Archiv), Düsseldorf. Inzwischen wurden sie im Dezember 1988 von der Hans-Böckler-Stiftung aus dem DGB-Archiv übernommen.

Neben den unveröffentlichten Quellen wurden auf deutscher Seite auch die in edierter Form vorliegenden Überlieferungen der Unternehmensverbände, staatlichen Stellen und der Gewerkschaften genutzt⁴¹. Für Großbritannien wurden die unveröffentlichten Überlieferungen des TUC teils durch auf Microfiche verfilmte Dokumente des gewerkschaftlichen Dachverbandes und der Labour Party, teils durch zahlreiche Publikationen der britischen Arbeiterbewegung ergänzt. Diese sind ebenfalls in der Microfiche-Edition, sowie vor allem in der Trades Union Congress and Labour Party Library des Londoner Congress House, dem Hauptquartier der britischen Gewerkschaften, und in der Bibliothek der London School of Economics and Political Science (LSE) zugänglich. In der LSE finden sich auch die "Parliamentary Papers", die amtlichen Veröffentlichungen also, welche die unveröffentlichten staatlichen Akten komplementieren.

Die historische Forschung hat sich bisher eher sporadisch des hier vorliegenden Themas angenommen. Zur staatlichen Arbeitslosenpolitik in Großbritannien zwischen den Kriegen wurden zwar neuerdings zwei Monographien vorgelegt⁴², eine Untersuchung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenpolitik in Großbritannien fehlt jedoch sowohl für die Phase der Weltwirtschaftskrise als auch insgesamt für die Zwischenkriegszeit⁴³. Für die deutsche Seite stellt sich die Forschungslage

⁴¹ Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik: Kabinett Müller II - Kabinett von Schleicher, wechselnde Bearbeiter, Boppard [1970-1990]; Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingel. von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer u. Udo Wengst unter Mitw. von Jürgen Heideking, 2 Bde., Düsseldorf 1980; Hermann Weber, Klaus Schönhoven u. Klaus Tenfelde (Hg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Köln, Bd.3: Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924-1930, bearb. von Horst-Albert Kuckuck u. Dieter Schiffmann (1986); Bd.4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, bearb. von Peter Jahn unter Mitarb. von Detlev Brunner (1988).

⁴² Vgl. William R. Garside, *British Unemployment 1919-1939. A Study in Public Policy*, Cambridge 1990; zeitlich weitgefächerter: Johannes Paulmann, *Staat und Arbeitsmarkt in Großbritannien. Krise, Weltkrieg, Wiederaufbau*, Göttingen usw. 1993. Kontrovers zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit: W. R. Garside, *Juvenile Unemployment and Public Policy between the Wars*, in: *ECHR* 30 (1977), S.322-39; ders., *Juvenile Unemployment between the Wars: A Rejoinder*, in: *ECHR* 32 (1979), S.529-32; Daniel K. Benjamin u. Lewis A. Kochin, *What went Right with Juvenile Unemployment Policy between the Wars: A Comment*, ebd., S.523-28.

⁴³ Vgl. jedoch Donald I. MacKay, David J. C. Forsyth u. David M. Kelly, *The Discussion of Public Works Programmes, 1917-1935: Some Remarks on the Labour Movement's Contribution*, in: *IRSH* 11 (1966), S.8-17; Sidney Pollard, *Trade Union Reactions to the Economic Crisis*, in: *JCH* 4 (1969), S.101-15; sowie die Debatte über die Haltung der Gewerkschaften zur staatlichen Arbeitslosenversicherungsgesetzgebung 1916-1920: Noelle Whiteside, *Welfare Legislation and the Unions during the First World War*, in: *HJ* 23 (1980), S.857-74; dies., *Industrial Labour and Welfare Legislation after the First*

genau umgekehrt dar. Hier erschien kürzlich eine ausführliche Untersuchung zur Arbeitslosenpolitik der deutschen Gewerkschaften, die allerdings noch nicht die Bestände der ostdeutschen Archive berücksichtigen konnte⁴⁴. Eine Gesamtdarstellung der staatlichen Arbeitslosenpolitik in der Weimarer Republik steht hingegen noch aus⁴⁵. Auch eine vergleichende Monographie zur britischen und deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Weltwirtschaftskrise liegt bisher nicht vor⁴⁶.

World War: A Reply, in: *HJ* 25 (1982), S.443-46; Rodney Lowe, *Welfare Legislation and the Unions during and after the First World War*, ebd., S.437-41.

⁴⁴ Vgl. Rose-Marie Huber-Koller, *Gewerkschaften und Arbeitslose. Erfahrungen der Massenerwerbslosigkeit und Aspekte freigewerkschaftlicher Arbeitslosenpolitik in der Endphase der Weimarer Republik*, 2 Bde., Pfaffenweiler 1992. Die These der Autorin von den verpaßten Chancen zur Mobilisierung der Arbeitslosen durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften stützt die politische Linie der kommunistischen Erwerbslosenbewegung, ohne genügend die staatliche Seite bzw. die Durchsetzungschancen der gewerkschaftlichen Forderungen zu berücksichtigen. Die umfangreiche Quellen- und Literaturbasis der Untersuchung ist jedoch beeindruckend. Vgl. auch Schneider, *Arbeitsbeschaffungsprogramm*, sowie seine zahlreichen, im Literaturverzeichnis nachgewiesenen Aufsätze zu diesem Thema; mit vergleichender, deutsch-britischer Perspektive: Claudia Kaiser, *Trade Union Reactions to Economic Crisis: Britain and Germany in the Early 1930s*, in: Christoph Buchheim u. Redvers Garside (Hg.), *After the Slump. Industry and Politics in 1930s Britain and Germany*, Frankfurt/M. usw. 2000, S.179-200; Sidney Pollard, *German Trade Union Policy 1929-1933 in the Light of the British Experience*, in: Jürgen von Kneudener (Hg.), *Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933*, New York usw. 1990, S.21-44.

⁴⁵ Zu einigen Einzelaspekten liegen bereits Abhandlungen vor; vgl. u.a. Karl Christian Führer, *Arbeitslosigkeit und die Entstehung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland 1902-1927*, Berlin 1990; Peter Lewek, *Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik 1918-1927*, Stuttgart 1992; Helmut Marcon, *Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitslosenpolitik der Regierungen Papen und Schleicher. Grundsteinlegung für die Beschäftigungspolitik im Dritten Reich*, Bern usw. 1974. Forschungsdefizite für die Phase der Weltwirtschaftskrise bzw. die Zwischenkriegszeit bilden u.a. auch die Untersuchung der arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen und Maßnahmen einzelner Parteien, regionale und lokale Studien, die Entwicklung des Arbeitsmarkts in einzelnen Industriebereichen sowie vergleichende Studien mit anderen westlichen Industrieländern, z.B. Frankreich oder Schweden.

⁴⁶ Für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Christiane Eisenberg, *Deutsche und englische Gewerkschaften*, Göttingen 1986; Wolfgang J. Mommsen u. Hans-Gerhard Husung (Hg.), *The Development of Trade Unionism in Great Britain and Germany 1880-1914*, London usw. 1985 (zuerst ersch. als "Auf dem Weg zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880-1914", Stuttgart 1984). Die Beiträge des Sammelbandes sind jedoch mit wenigen Ausnahmen nicht ver-

Wichtige Anregungen verdankt diese Arbeit jedoch dem Werk von Gerhard A. Ritter zur Entstehung und Entwicklung des Sozialstaats, das diese Thematik in einem größeren Zusammenhang untersucht und dabei gerade auch das Feld der Arbeitsbeziehungen in Deutschland und Großbritannien während der Zwischenkriegszeit betrachtet⁴⁷. Für einen weiteren Einblick in verschiedene Aspekte der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands in der Zwischenkriegszeit bieten sich darüber hinaus die Publikationen von Werner Abelshauser und Volker Hentschel sowie Ludwig Prellers immer noch gültiges Standardwerk an⁴⁸. In der Wirtschaftsgeschichte Kontinentaleuropas 1918-1945 von Roger Munting und B. A. Holderness wird die ökonomische Entwicklung Deutschlands in den Zusammenhang internationaler, auch britischer, wirtschaftlicher Abläufe eingebettet⁴⁹. Die Beiträge in den von Peter Stachura sowie von Richard Evans und Dick Geary herausgegebenen Werken beleuchten besonders das Problem der Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik⁵⁰.

gleichend angelegt, sondern behandeln entweder die deutsche oder die britische Entwicklung.

⁴⁷ Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 1991 (2., überarb. u. erhebl. erweiterte Aufl.).

⁴⁸ Werner Abelshauser (Hg.), *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*, Stuttgart 1987; Volker Hentschel, *Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880-1980. Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht*, Frankfurt/M. 1983; ders., *Wirtschafts- und sozialhistorische Brüche und Kontinuitäten zwischen Weimarer Republik und Drittem Reich*, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 28 (1983), S.39-80; ders., *Die Sozialpolitik in der Weimarer Republik*, in: Bracher u.a. (Hg.), *Weimarer Republik*, S.197-217; Ludwig Preller, *Sozialpolitik in der Weimarer Republik*, Kronberg/Ts. usw. 1978 (unveränd. Nachdr. von 1949).

⁴⁹ Roger Munting u. B. A. Holderness, *Crisis, Recovery and War. An Economic History of Continental Europe 1918-1945*, New York usw. 1991.

⁵⁰ Vgl. Richard J. Evans u. Dick Geary (Hg.), *The German Unemployed. Experiences and Consequences of Mass Unemployment from the Weimar Republic to the Third Reich*, London usw. 1987; Peter D. Stachura (Hg.), *Unemployment and the Great Depression in Weimar Germany*, London 1986; vgl. auch Dellev J. K. Peukert, *Die Arbeitslosigkeit junger Arbeiter in der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1929-1933*, in: VSWG 72 (1985), S.305-28. Der von Barry Eichengreen und Timothy J. Hatton herausgegebene Tagungsband, *Interwar Unemployment in International Perspective*, Dordrecht usw. 1988, beleuchtet zwar das Arbeitslosenproblem in verschiedenen westlichen Industrieländern zwischen den Kriegen. Der Deutschland betreffende Beitrag von D. P. Silverman befaßt sich aber mit der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspolitik.

Für einen allgemeinen Einstieg in die Geschichte Großbritanniens während der Zwischenkriegszeit liegen mit Charles L. Mowats "Britain between the Wars" und A. J. P. Taylors "English History 1914-1945" zwei ältere, aber immer noch grundlegende Abhandlungen vor⁵¹. Mit der sozioökonomischen Entwicklung Großbritanniens zwischen den Kriegen befassen sich Trevor May sowie Sean Glynn und John Oxborrow, während sich Sidney Checkland und Martin Pugh besonders mit den Entstehungsbedingungen und Entwicklungsprozessen der Wirtschafts- und Sozialpolitik von Parteien und Verbänden auseinandersetzen⁵². Bentley Gilberts umfassende Untersuchung der britischen Sozialpolitik zwischen 1914 und 1939 wird durch Anne Crowthers Darstellung ergänzt, die einen kurzen Überblick über die historische Entwicklung sowie die wichtigste Literatur zu dieser Thematik bietet⁵³. Der Sammelband "The Road to Full Employment" stellt das britische Arbeitslosenproblem während der Zwischenkriegszeit in den Mittelpunkt⁵⁴. Es beschäftigt sich sowohl mit den sozialen und wirtschaftlichen Ursachen und Konsequenzen der Erwerbslosigkeit als auch mit der diesbezüglichen politischen Debatte und Politikformulierung.

In nahezu allen Studien zur Arbeitslosenproblematik, so auch in der vorliegenden, werden die Betroffenen als Objekt der wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Handlungsweisen von Individuen, Institutionen oder Organisationen untersucht. Eine Ausnahme von dieser Regel bildet Richard Flanagan's Darstellung der

⁵¹ Mowats Werk erschien 1956, Taylors inzwischen als Taschenbuch erhältliche Untersuchung wurde erstmals 1965 als 15. Band der Oxford History of England veröffentlicht. Die vorhandenen deutschsprachigen Überblicksdarstellungen und Nachschlagewerke eignen sich aufgrund der kurzen Behandlung des hier interessierenden Zeitraums nicht für eine Einführung; vgl. Isolde Friebe u. Heinrich Hädel, *Großbritannien*, Bd.2: *Wirtschaft und Gesellschaft*, München 1982; Kurt Kluxen, *Geschichte Englands. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1968; Gottfried Niedhart (Hg.), *Einführung in die englische Geschichte*, München 1982; ders., *Geschichte Englands im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1987; Jochen Schmidt-Lieblich, *Daten der englischen Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1977; Peter Wende, *Geschichte Englands*, Stuttgart 1985.

⁵² Trevor May, *An Economic and Social History of Britain 1760-1970*, Harlow 1987; Sean Glynn u. John Oxborrow, *Interwar Britain: A Social and Economic History*, London 1976; Sydney Checkland, *British Public Policy 1776-1939: An Economic and Political Perspective*, Cambridge usw. 1983; Martin Pugh, *The Making of Modern British Politics 1867-1939*, Oxford 1982.

⁵³ Bentley B. Gilbert, *British Social Policy 1914-1939*, London 1970; Anne Crowther, *British Social Policy 1914-1939*, London 1988; zur Vorgeschichte bis 1914 vgl. Gerhard A. Ritter, *Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich*, München 1983.

⁵⁴ Sean Glynn u. Alan Booth (Hg.), *The Road to Full Employment*, London 1987.

politischen Aktivitäten der britischen Erwerbslosen zwischen 1884 und 1939⁵⁵. John Burnett betrachtet dagegen aus alltagsgeschichtlicher Perspektive die Erfahrungen der Arbeitslosigkeit in Großbritannien zwischen 1790 und 1990 und fragt, "(...) how unemployment happened to individual people, how they and their families reacted to and coped with it, what steps they took to find work and what remedies were available to them if they failed. And, because life is not only about physical survival, what was it like to be without work, and what did one feel about it?"⁵⁶

Die vorliegende Untersuchung zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenpolitik in der Weltwirtschaftskrise läßt sich in zwei größere, thematische Teilbereiche aufspalten. Der eine umfaßt die politische und gesellschaftliche Entwicklung, die Frage nach Radikalisierungstendenzen in der Bevölkerung, den Machtverhältnissen in Staat und Gesellschaft, der Repräsentation gesellschaftlicher Interessen im politischen Bereich, der Verankerung der demokratischen Institutionen, kurzum nach der Stabilität des politischen Systems. Den zweiten Bereich bilden die wirtschaftliche Entwicklung, die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume von Staat und Gewerkschaften und insbesondere die Frage nach den Durchsetzungs- und Erfolgsmöglichkeiten einer alternativen Konjunkturpolitik. Im folgenden werden die wichtigsten, mit diesen Bereichen befaßten Forschungsergebnisse oder -kontroversen kurz vorgestellt.

Zur Frage der Bedeutung der Gewerkschaften für die Entwicklung des politischen Systems nahm Ludwig Preller ältere Untersuchung zur Sozialpolitik in der Weimarer Republik vieles von dem vorweg, was in der neueren Forschung auf breiter Quellen- und Literaturbasis dargelegt wird. Preller führte den Untergang der Weimarer Republik maßgeblich auf die Einflußnahme der wirtschaftlichen Kollektivorganisationen auf das Parlament und die politische Beeinflussung der Regierung über klassenorientierte Parteien zurück. Zwar habe auch die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise das ihre zu dieser politischen Entwicklung beigetragen, jedoch sei der Hauptgrund im Versagen des deutschen Parlamentarismus auszumachen, der sich die Führung der Politik, insbesondere der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aus der Hand nehmen ließ⁵⁷. Das für diese Arbeit zentrale Werk zur deutschen Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit stellt jedoch Heinrich August Winklers dreibändige Geschichte der Arbeiter und

⁵⁵ Richard Flanagan, "Parish-Fed Bastards". A History of the Politics of the Unemployed in Britain, 1884-1939, New York 1991.

⁵⁶ John Burnett, *Idle Hands: The Experience of Unemployment, 1790-1990*, London 1994, S.1.

⁵⁷ Vgl. Preller, Sozialpolitik, S.527.

Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik dar. Wie Preller macht er den "Klassenkampf im Kabinett" für das Scheitern der letzten demokratisch gewählten Regierung Weimars, der großen Koalition unter der Leitung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller, verantwortlich. Ihre zu enge Bindung an die wirtschaftlichen Interessenorganisationen habe den Parteien, insbesondere der SPD und der DVP, den Spielraum beschneiden, den sie zur Findung tragfähiger politischer Kompromisse benötigt hätten⁵⁸. Daneben sind vor allem die neueren Spezialuntersuchungen über den ADGB von Gerard Braunthal, Detlev Brunner und Heinrich Pothoff hervorzuheben⁵⁹.

Für Braunthal liegt das Verdienst der freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik darin, daß sie ihren Einfluß auf SPD und Bürokratie ausnutzten, um soziale Fortschritte zu erzielen und das demokratische System für eine kurze Zeitspanne am Leben zu erhalten. Brunner sieht den Dachverband dagegen in einem Repräsentationsdilemma: "Der gewerkschaftliche Doppelanspruch, für die gesamte Nation und für die Arbeiterschaft gleichermaßen Verantwortung tragen zu wollen und Interessen zu vertreten, verhinderte eine effektive Interessenvertretung der Gewerkschaften."⁶⁰ Letzteres sei aber primär verantwortlich für die Mitgliederverluste in der Zwischenkriegszeit. Wie auch die vorliegende Studie, gelangt Brunner daher zu dem Schluß, daß nicht zu viel sondern zu wenig Interessenpolitik der Gewerkschaften der Grund ihres schleichenden Legitimitätsverlustes gewesen sei, der zur Destabilisierung des politischen Systems beitrug.

Pothoff nimmt Bezug auf die neuere Korporatismus-Diskussion und konstatiert ein "Dreiecksverhältnis" zwischen Staat, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, in dem sich die Kräfteverhältnisse ständig verschoben hätten. Das Kräftegleichgewicht der Trias von Staat, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden sei in der Endphase der Republik tiefgreifend gestört gewesen. Es kehrte sich gegen den demokratischen Staat, als die Unternehmerschaft mangels eines gesellschaftlichen Gegengewichts auf seiten der durch Mitgliedereinbußen und Massenarbeitslosigkeit geschwächten Gewerkschaften seine Regelungsmechanismen nur

⁵⁸ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin usw. 1988(2), S.815 ff.; ders., *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin usw. 1984; ders., *Weg (Anm.10)*. Vgl. auch ders., *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993.

⁵⁹ Gerard Braunthal, *Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik*, Köln 1981; Detlev Brunner, *Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933*, Köln 1992; Heinrich Pothoff, *Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1987.

⁶⁰ Brunner, *Bürokratie und Politik*, S.470.

noch als lästige Fesseln empfand⁶¹. In David Abrahams stark kritizierter, neomarxistischer Analyse⁶² der Ursachen des Untergangs der Weimarer Republik spielen die Gewerkschaften hingegen nur als Koalitionspartner der Exportindustrie im Kampf um die gesellschaftliche und politische Meinungsführung eine Rolle. Eine eigenständige Bedeutung für die Gestaltung der historischen Entwicklung gesteht ihnen Abraham offensichtlich nur in geringem Maße zu. Der Autor führt den Untergang Weimars darauf zurück, daß der Machtblock der dominanten Klassen oder Fraktionen der Weimarer Gesellschaft, d.h. der Großgrundbesitz, die stagnierende, binnenmarktorientierte Schwerindustrie und die dynamische Exportindustrie, in gegensätzliche Interessen zerfallen gewesen sei. Dies habe es dem Staat in der Endphase der Republik unmöglich gemacht, sie auf eine gemeinsame "coherent capitalist response to the crisis"⁶³ zu verpflichten und sich damit eine legitimatorische Absicherung seiner Politik zu schaffen.

Wie der Bruch der Großen Koalition 1930 in Deutschland, gaben auch die Regierungskrise von 1931 in Großbritannien, der Rücktritt der Labour-Regierung und die Bildung einer Nationalen Koalitionsregierung unter Ausschluß der Labour Party Anlaß für eine Vielzahl von Veröffentlichungen. Das Meinungsspektrum zu dieser Problematik reicht von dem Vorwurf einer Diktatur des TUC über die Labour Party⁶⁴, über eine moderate, verständnisvolle Haltung gegenüber der Hand-

⁶¹ Vgl. Potthoff, *Freie Gewerkschaften*, S.297 ff. Für Bernd Weisbrod liegt die Verantwortung für den Untergang der Weimarer Republik maßgeblich bei der Schwerindustrie, die flexibel genug war, jede Variante der Interessenvertretung für ihre Zwecke zu nutzen. So akzeptierte sie unter revolutionärer Bedrohung eine "societal corporatist solution" in Gestalt der ZAG, sie forderte die Rückkehr zu "free pluralist competition", wenn rivalisierende Interessenorganisationen staatliche Unterstützung zur Kompensation ihrer Schwäche erhielten, und paßte sich problemlos "state corporatist solutions" an, die sie unter den politischen Bedingungen der Weimarer Republik abgelehnt hatte, als diese in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft implementiert wurden; vgl. ders., *Economic Power and Political Stability Revisited: Heavy Industry in Weimar Germany*, in: *Social History* 4 (1979), S.241-63, hier S.262.

⁶² David Abraham, *The Collapse of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis*, Princeton, New Jersey 1981; zur Kritik vgl. ders., *Business Wars: On Contributions to Weimar Scholarship*, in: *VSWG* 72 (1985), S.329-52; Ulrich Nocken, *Weimarer Geschichte(n)*. Zum neuen amerikanischen Buch "Collapse of the Weimar Republic", in: *VSWG* 71 (1984), S.505-27; ders. / David Abraham, Noch einmal: "Weimarer Geschichte(n)", in: *VSWG* 73 (1986), S.61 f., mit weiteren Literaturhinweisen zur Kontroverse, sowie Winkler, Schein, S. 517 f.

⁶³ Abraham, *Collapse*, S.48; vgl. auch ders., *Conflicts within German Industry and the Collapse of the Weimar Republic*, in: *Past and Present* 88 (1980), S.88-128.

⁶⁴ Vgl. Ross J. McKibbin, *The Economic Policy of the Second Labour Government 1929-1931*, in: *Past and Present* 68, 1975, S.95-123, hier S.116-20.

lungsweise Premierminister MacDonalds⁶⁵, bis zu der Behauptung, dieser habe die Partei verraten⁶⁶. Der Verschwörungstheorie, die zum Inhalt hat, daß der Premierminister den Sturz der Labour-Regierung zugunsten einer Allparteienregierung seit langem geplant habe, mag sich heute niemand mehr so recht anschließen. Sie wurde 1931 nach der Regierungskrise innerhalb der Labour Party formuliert und allenfalls von zeitgenössischen Autoren vertreten⁶⁷. Daneben steht noch die nach dem Rücktritt der Regierung aufgebrachte These vom "Schwindelmanöver" der Bankiers, die eine momentane finanzielle Krise genutzt hätten, um Veränderungen in der Regierungspolitik, insbesondere Einsparungen bei den Sozialausgaben, zu diktieren, und so den Sturz der Regierung absichtlich und unnötigerweise herbeiführten⁶⁸. Philip Williamson hat untersucht, ob die Labour-Regierung tatsächlich ein Opfer der Finanzwelt wurde, während Andrew Thorpe der Rolle von Arthur Henderson, MacDonalds Gegenspieler im Kabinett während der Regierungskrise, nachging⁶⁹.

Ergaben die ersten, nach dem Zusammenbruch der Großen Koalition durchgeführten Reichstagswahlen im September 1930 u.a. starke Stimmengewinne der NSDAP, so erbrachten die nach dem Rücktritt der Labour-Regierung erfolgten General Elections im Oktober 1931 ein überwältigendes Votum für die Nationale Regierung. Die ausgezeichnete Studie von John Stevenson und Chris Cook⁷⁰ stellt

⁶⁵ Vgl. R. Bassett, 1931: *Political Crisis*, London 1958; Humphry Berkeley, *The Myth that will not die. The Formation of the National Government 1931*, London 1978; Keith Laybourn, *The Rise of Labour. The British Labour Party 1890-1979*, London usw. 1988; David Marquand, *Ramsay MacDonald*, London 1977.

⁶⁶ Vgl. Austen Morgan, J. Ramsay MacDonald, Manchester 1987, S.208, 250; Mowat, *Britain between the Wars*, S.393-99.

⁶⁷ Vgl. Philip Snowden, *An Autobiography*, Bd. 2: 1919-1934, London 1934, S.771 f., 950-54; BLPES, *Passfield Papers*, IV/26/34-66; Sidney Webb, *Papers relating to the Crisis of August 1931*, and the resignation of the Labour Government (written early in September 1931, before the General Election was even determined upon).

⁶⁸ Vor allem der TUC General Council unterstützte diese Interpretation und betonte zugleich die übereinstimmenden Interessen der Finanzwelt und der Unternehmerverbände in dieser Frage; vgl. die Rede des Generalsekretärs Citrine auf dem TUC-Kongreß im September 1931, in: TUC, *Report of Proceedings* (im folgenden TUC-Report 19...) at the 63rd Annual Trades Union Congress, London 1931, S. 456-60, insb. S.456-58; ebenso auch der Labour-Politiker George Lansbury; vgl. BLPES, *Lansbury Collection* 25/III/n.1-17 (c. Sept. or Oct. 1931): *The Cabinet Crisis of 1931*.

⁶⁹ Philip Williamson, A "Bankers' Ramp"? *Financiers and the British Political Crisis of August 1931*, in: *EHR* 99 (1984), S.770-806; Andrew Thorpe, *Arthur Henderson and the British Political Crisis of 1931*, in: *HJ* 31 (1988), S.117-39.

⁷⁰ Vgl. dies., *The Slump. Society and Politics during the Depression*, London usw. 1979.

die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Großbritanniens während der Weltwirtschaftskrise dar und benennt eine Vielzahl von Faktoren als Ursache der Stabilität des britischen politischen Systems in den dreißiger Jahren. Dazu gehörte etwa die starke Verankerung der Labour Party in den von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen alten Industrieregionen, wo sie aufgrund der vorherrschenden Personalunion von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären und ihrer Präsenz in den von ihr kontrollierten Kommunalregierungen als ein Element der sozialen Kontrolle gewirkt habe. Andere Autoren haben die innenpolitische Entwicklung Großbritanniens jedoch weniger positiv beurteilt. So hat Ralph Miliband der Labour-Regierung von 1929 bis 1931 unterstellt, sie habe eine klassenverräterische Politik über die Köpfe der Basis hinweg verfolgt und das sozialistische Ziel dem Dogma des Parlamentarismus geopfert⁷¹. Noreen Branson und Margot Heinemann werfen den von 1931 bis 1939 amtierenden Nationalen Regierungen vor, trotz einer revolutionären Aufbruchstimmung in allen Parteien eine träge, rückwärtsgewandte Politik betrieben zu haben. Diese sei vor allem von den Konservativen getragen, aber auch von der offiziellen Arbeiterbewegung im Interesse von Ruhe und Ordnung unterstützt worden. So sei auf Kosten der Arbeitslosen die politische Stabilität erhalten geblieben. Protest sei nur von außerparlamentarischen Bewegungen, wie der kommunistisch dominierten National Unemployed Workers' Movement (NUWM), erhoben worden⁷².

Welcher Interpretation man schließlich zuneigt, hängt davon ab, welche Auffassung man hinsichtlich des Zustandekommens politischer Entscheidungen zugrunde legt. Geht der bestimmende Einfluß vom Parlament, von der Exekutive, den gesellschaftlichen Interessenorganisationen oder dem Druck der unorgani-

⁷¹ Vgl. Ralph Miliband, *Parliamentary Socialism. A Study in the Politics of Labour*, London 1961. Auch Ben Pimlott, *Labour and the Left in the 1930s*, Cambridge usw. 1977, stellt den Parlamentarismus der Labour Party in den Vordergrund, bewertet ihn aber als konstruktive Haltung. Kritisch zu Miliband auch Iain McLean, der die Labour Party als "Bottom-Up"-Partei im Gegensatz zur "Top-Down"-Partei der Konservativen bezeichnet ("Party Organisation", in: Chris Cook u. Ian Taylor (Hg.), *The Labour Party. An Introduction to its History, Structure and Politics*, London usw. 1980, S.32-49); Kenneth O. Morgan spricht von einem Spannungsverhältnis innerhalb der Partei zwischen parlamentarischer Politik und außerparlamentarischen politischen und industriellen Einflüssen ("The High and Low Politics of Labour: Keir Hardie to Michael Foot", in: Michael Bentley u. John Stevenson (Hg.), *High and Low Politics in Modern Britain. Ten Studies*, Oxford 1983, S.285-312); Ross J. McKibbin betont den starken gewerkschaftlichen Einfluß auf die Partei ("The Evolution of the Labour Party 1910-1924", Oxford 1974).

⁷² Vgl. Noreen Branson u. Margot Heinemann, *Britain in the Nineteen Thirties*, London 1971, S.6 f.. Vgl. ähnlich auch die zeitgenössische Sicht des Führers der NUWM: Wal Hannington, *Unemployed Struggles 1919-1936. My Life and Struggles Amongst the Unemployed*, London 1936; ders., *Never on our Knees*, London 1967.

sierten Massen aus? John Stevenson hat die Relevanz verschiedener Interpretationsansätze in einem, für eine Einführung in den Forschungsstand sehr aufschlußreichen, Beitrag am Beispiel der Arbeitslosenpolitik überprüft und kommt dabei zu der Schlußfolgerung: "Where power lay in inter-war British politics and how it could be mobilized remains, on the evidence of unemployment policy, still very much an open question."⁷³

Der britische Historiker Keith Middlemas hat in dieser Frage eindeutig Stellung bezogen und den wirtschaftlichen Interessenorganisationen einen maßgeblichen Einfluß auf die Politikformulierung eingeräumt. Als er gar einen "corporate bias" in der Entwicklung des politischen Systems seines Landes zwischen 1911 bis in die 1970er Jahre konstatierte und damit das Bild Großbritanniens als Paradebeispiel pluralistischer Strukturen kräftig gegen den Strich bürtete, sorgte dies in der historischen Zunft für heftigen Widerspruch⁷⁴. Middlemas stellte die These zur Diskussion, daß Großbritannien in der Zwischenkriegszeit im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern ein außergewöhnliches Maß an politischer Stabilität aufgewiesen habe, weil sich die industriellen Interessenverbände aufgrund ihrer zunehmenden Einbindung oder "Inkorporierung" in politische Entscheidungsprozesse durch die aufeinanderfolgenden Regierungen von "pressure groups" in "governing institutions" gewandelt hätten. In ihrer Rolle als quasi-staatliche Einrichtungen legitimierten sie, als Gegenleistung für einen Zuwachs an Status und Macht, staatliche Entscheidungen gegenüber ihren Mitgliedern und kontrollierten die Unzufriedenheit ihrer Klientel, indem sie diese in konstitutionelle Bahnen lenkten. Gesellschaftlicher Protest, der sich außerhalb des institutionalisierten Gleichgewichts von Staat und den Spitzenverbänden der Unternehmer und Gewerkschaften formierte, wie z.B. die National Unemployed Workers' Movement, sei so aufgrund seines fehlenden politischen Einflusses marginalisiert worden.

Die Kritik an Middlemas machte sich insbesondere daran fest, daß es keine Verlagerung von Entscheidungsprozessen von den Verfassungsorganen auf die industriellen Selbstverwaltungsgremien (National Industrial Conference, Whitley Councils) gegeben habe, sondern daß im Gegenteil nach der korporatistischen Einbindung der industriellen Interessenverbände während des Ersten Weltkriegs

⁷³ John Stevenson, *The Making of Unemployment Policy, 1931-35*, in: Bentley u. Stevenson (Hg.), *High and Low Politics*, S.182-213, Zitat S.213.

⁷⁴ Vgl. Middlemas, *Politics in Industrial Society* (Anm.15); kritisch dazu die Rezensionen von Gustav Schmidt, in: VSWG 69 (1982), S. 260-64; Robert Oakeshott, in: *The Political Quarterly* 51 (1980), S. 235-37, J. A. Turner, in: *HJ* 24 (1981), S.255 f.; sowie Rodney Lowe, *Adjusting to Democracy. The Role of the Ministry of Labour in British Politics, 1916-1939*, Oxford 1986; ders., *Hours of Labour: Negotiating Industrial Legislation in Britain, 1919-1939*, in: *EcHR* 35, 1982, S.254-71; Christopher J. Nottingham, *Recasting Bourgeois Britain? The British State in the Years which followed the First World War*, in: *IRSH* 31 (1986), S.227-47.

die Rückkehr zur Parlamentsherrschaft erfolgt sei⁷⁵. Darüber hinaus hätten die Angst der britischen Gewerkschaftsführungen vor einem Macht- und Autonomieverlust sowie ein stark fragmentiertes, dezentralisiertes und partikularisiertes System der Arbeitsbeziehungen mit einem geringen Grad an Verrechtlichung eine korporatistische Strategie der Konfliktregulierung von vornherein zum Scheitern verurteilt⁷⁶. Ungeachtet aller Kritik läßt sich aber die qualitative Änderung der britischen Arbeitsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg nicht wegdiskutieren. So stellte schon Alan Bullock in seiner Biographie des Gewerkschaftsführers und Labour-Politikers Ernest Bevin fest: "The Britain of the 1930s was not the Britain of the 1880s in which he had been born, nor even of the 1920s. (...) When Bevin first joined the trade-union movement it was still struggling for recognition, even of the right to collective bargaining. By the time he became chairman of the General Council [1936; C.K.], the right of the T.U.C. to be consulted on any

⁷⁵ Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, Vom Interventionsstaat zum Industrieparlament. Ordnungspolitische Vorstellungen in England nach dem Ersten Weltkrieg, in: GG 12 (1986), S.5-33, hier S.28. Dagegen hatte schon in den sechziger Jahren Samuel H. Beer festgestellt, daß in der Zwischenkriegszeit "(...) the scale and nature of state intervention under the National Government founded a system of quasi-corporatism in which industry and government were brought into regular and continuous contact." (ders., *Modern British Politics. A Study of Parties and Pressure Groups*, London 1969(2), S. 298). In einem Vergleich des Stabilisierungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland, Italien und Frankreich während der Dekade nach dem Ersten Weltkrieg hat Charles S. Maier das von ihm festgestellte Erscheinen ähnlicher Strukturen als "new corporatism" bezeichnet, die Mitte der zwanziger Jahre in der Weimarer Republik bereits klar erkennbar waren, in Italien zu ihrer Herausbildung erst der politischen Zwangsmaßnahmen der Faschisten bedurften und in Frankreich zu diesem Zeitpunkt nur embryonal vorhanden waren (vgl. ders., *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I*, Princeton, New Jersey 1975; vgl. auch ders., *Strukturen kapitalistischer Stabilität in den 20er Jahren. Errungenschaften und Defekte*, in: Winkler, *Organisierter Kapitalismus*, S.195-213). U. Nocken hat die unpräzise theoretische Ausarbeitung von Maiers Konzept kritisiert. Er plädiert für Schmitters klarer definierte Idealtypen und sieht die Endphase der Weimarer Republik durch ein "mixed system of state and societal corporatism and pluralism" charakterisiert (vgl. ders., *Corporatism and Pluralism*, S.38-42, Zitat S.42).

⁷⁶ Vgl. Wendt, *Vom Interventionsstaat*, S.30 f. Dem ist entgegen zu halten, daß Korporatismus nach Schmitters Definition nur in seiner staatskorporatistischen Form einen hohen Verrechtlichungsgrad beinhaltet. Verstanden als eine Strukturvariante der Arbeitsbeziehungen unter mehreren, muß er auch nicht notwendig den Systemcharakter tragen, den ihm Beer, Maier, Middlemas und Wendt zumessen, wenn sie die vollständige Auflösung des Klassenkonflikts in einem System der Sozialpartnerschaft und eine Art politischer Nebenregierung durch wirtschaftliche Selbstverwaltungskörperschaften damit verbinden.

legislation or to be represented on any inquiry dealing with social and industrial matters was taken for granted."⁷⁷

Eng verbunden mit dem Wandel der Arbeitsbeziehungen sind die Anfänge einer "keynesianischen" Wirtschaftspolitik, die eine Abstimmung mit Investoren und Gewerkschaften voraussetzt, damit die Wirkungen antizyklischer Staatsausgaben nicht durch Investitionstätigkeit und Tarifentwicklung blockiert werden⁷⁸. In der Zwischenkriegszeit noch kontrovers diskutiert, wurde die Notwendigkeit einer staatlichen Konjunkturlenkung in Wissenschaft und Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges weithin akzeptiert⁷⁹. Entsprechend wurden die wirtschaftspolitischen Vorstellungen, Forderungen und Maßnahmen von Regierungen, Parteien und Verbänden in der Weltwirtschaftskrise von den Historikern nach keynesianischen Prämissen analysiert und, sofern sie diesen nicht entsprachen, negativ beurteilt⁸⁰. In den 1970er Jahren zeigten sich im Gefolge der Ölpreiskrisen von 1973 und 1978 und zunehmender Inflation bei gleichzeitig stagnierender Wirtschaftsentwicklung die Grenzen keynesianischer Konjunktursteuerung⁸¹. Die Gesellschaftswissenschaft reagiert darauf mit kontroversen Deutungen der wirtschaftspolitischen Strategien in der Zwischenkriegszeit, welche die Erfolgsaussichten

⁷⁷ Alan Bullock, *The Life and Times of Ernest Bevin*, Bd.1: *Trade Union Leader 1881-1940*, London 1960, S.600.

⁷⁸ Vgl. Czada, *Korporatismus*, S.216. Zur wirtschaftstheoretischen Entwicklung aus Sicht des Arbeitsmarktes vgl. Bernhard Gahlen, Heinz-Dieter Harges, Fritz Rahmeyer u. Alfons Schmid, *Volkswirtschaftslehre. Eine problemorientierte Einführung*, Tübingen 1982 (13., verb. Aufl.), S.119-26; Robert Skidelsky, John Maynard Keynes, Bd.2: *The Economist as Saviour 1920-1937*, London 1992, S. 548-71; Gerhard Wilke, *Konjunkturpolitik*, in: *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd.2, S. 191-98; Toni Pierenkemper, *Historische Arbeitsmarktforschung: Vorüberlegungen zu einem Forschungsprogramm*, in: ders. u. Richard Tilly (Hg.), *Historische Arbeitsmarktforschung. Entstehung, Entwicklung und Probleme der Vermarktung von Arbeitskraft*, Göttingen 1982, S.9-36, hier S.14-19; vgl. auch ders., *Beschäftigung und Arbeitsmarkt*, in: Gerold Ambrosius, Dietmar Petzina u. Werner Plumpe (Hg.), *Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen*, München 1996, S.243-63.

⁷⁹ Der von den Vereinten Nationen 1949 veröffentlichte Bericht "Maintenance of Full Employment" nennt 26 Staaten, die sich gesetzlich zur Sicherung der Vollbeschäftigung als Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik verpflichtet hatten. Vgl. Harald Winkel, *Der Glaube an die Beherrschbarkeit von Wirtschaftskrisen (1933-1970). Lehren aus der Weltwirtschaftskrise*, in: Gerhard Schulz (Hg.), *Die Große Krise der dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1985, S.29.

⁸⁰ Vgl. z.B. Skidelsky, *Politicians and the Slump*.

⁸¹ Vgl. Winkel, *Der Glaube an die Beherrschbarkeit*, S.33-38.

antizyklischer Maßnahmen bei der Bekämpfung der Massenenerwerbslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise teilweise wieder in Frage stellen⁸².

Der Münchner Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt hat mit seinen seit 1979 erschienenen Aufsätzen über die wirtschafts- und sozialpolitischen "Zwangslagen und Handlungsspielräume"⁸³ Brünings in der Weltwirtschaftskrise eine immer noch andauernde Debatte in Gang gesetzt. Anders als die Neoklassiker suchte er die Ursachen von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise nicht auf makroökonomischer Ebene, bei der konjunkturellen Schwäche der Nachfrageseite, sondern im mikroökonomischen Bereich, bei den strukturellen Beeinträchtigungen der Angebotsseite. So seien schon in den zwanziger Jahren die Reallöhne im Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung zu stark gestiegen und hätten, indem sie die unternehmerischen Profite einschränkten, zu niedrigen Investitionsraten und einer "kranken Wirtschaft" schon vor dem Einsetzen der weltweiten Depression geführt. Verantwortlich für diese Entwicklung waren, nach Borchardt, "the trade unions, in combination with a labour market system guaranteed by the state [die Zwangsschlichtung, C.K.], that prevented the adaptation of real wages to the long-term development of productivity and reinforced the upward pressure on wages."⁸⁴

Während auf der einen Seite das System der Weimarer Sozialverfassung keine Handlungsspielräume zur Beseitigung der strukturellen Probleme ohne Gefährdung des sozialen Friedens offen gelassen habe, hätten andere Faktoren, wie die Bindung der Reichsmark an den Goldstandard, Inflationsängste, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und das Fehlen ausländischer Anleiheimöglichkeiten, die Implementation einer antizyklischen Konjunkturpolitik verhindert⁸⁵. Mit dem

⁸² Vgl. den diesbezüglichen Überblick der englischsprachigen Forschung bei Patrick K. O'Brien, *Britain's Economy between the Wars: A Survey of a Counter-Revolution in Economic History*, in: *Past and Present* 115 (1987), S.107-30.

⁸³ Vgl. Knut Borchardt, *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes*, in: ders., *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1982, S.165-82 (zuerst erschienen in: *Bayrische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1979*, München 1979, S.87-132). Der Sammelband "Economic Crisis and Political Collapse" (vgl. Anm.44) befällt sich ausschließlich mit der sogenannten "Borchardt-Kontroverse" und läßt sowohl den Initiator als auch seine Kontrahenten und Unterstützer zu Wort kommen. Dort finden sich auch weiterführende, in der Forschungsliteratur bereits so häufig zitierte Hinweise auf die Teilnehmer der Debatte, daß auf ihre erneute Nennung hier verzichtet wird.

⁸⁴ Vgl. Knut Borchardt, *A Decade of Debate About Brüning's Economic Policy*, in: Kruedener (Hg.), *Economic Crisis and Political Collapse*, S.99-151, hier S.130-32, 137-47, Zitat S.145.

⁸⁵ Vgl. ebd., S.106-20.

Hinweis auf die genannten Zwangslagen rechtfertigte Borchardt die krisenverschärfende Deflationspolitik des Reichskanzlers als einzig gangbaren Weg⁸⁶. Er befreite ihn zugleich von der Verantwortung für ihre politischen Folgen und belastete stattdessen, wenn auch nur implizit, die Gewerkschaften als Mitschuldige an der nationalsozialistischen Machtübernahme.

Carl-Ludwig Holtfrerich hat der deterministischen Argumentation Borchardts die Auffassung entgegengesetzt, daß menschliche Handlungsweisen, ungeachtet von immer vorhandenen Beschränkungen der Handlungsspielräume, im privaten wie im politischen Raum stets das Ergebnis individueller Verantwortung und freier Wahl zwischen mehreren Möglichkeiten seien. Brüning habe sich, zugunsten einer Regelung der Reparationsfrage, für die Fortsetzung der Deflationspolitik entschieden, obwohl in einzelnen Ministerien, in der Unternehmerschaft, den Gewerkschaften und auch in der Bevölkerung Unterstützung für antizyklische Maßnahmen vorhanden gewesen sei. Letztere habe sich in einer wachsenden Zustimmung der Wähler zur nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungspropaganda geäußert. Die Beibehaltung des deflationistischen Kurses müsse daher als vermeidbares Versagen der politischen Führung in einer Situation gesehen werden, in der "(...) democratic political parties pursue the goals of the political-power élite but disrespect the electorate's primary concerns."⁸⁷

Zu hohe Reallöhne wurden auch zur Erklärung der Massenarbeitslosigkeit in Großbritannien zwischen 1929 und 1932 ins Feld geführt⁸⁸. Der britische Wirtschaftshistoriker Broadberry sieht dagegen ihre Entstehung im Zusammenwirken nega-

⁸⁶ Borchardt weist zu Recht darauf hin, daß auch Keynes den Zusammenhang zwischen Produktionskosten und Wettbewerbsfähigkeit hervorgehoben habe. Während Keynes jedoch die Inflexibilität der Löhne nach unten akzeptierte und, unter Berücksichtigung der gegebenen sozialen Verhältnisse, konstruktive Vorschläge zur Konjunkturanhebung erarbeitete, fällt Borchardt hinter diese Position zurück und vermag keinerlei wirtschaftspolitische Handlungsspielräume zu erkennen.

⁸⁷ Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, *Was the Policy of Deflation in Germany Unavoidable?*, in: Kruedener (Hg.), *Economic Crisis and Political Collapse*, S.63-80, Zitat S. 70.

⁸⁸ Vgl. Forrest Capie, *Unemployment and Real Wages*, in: Glynn u. Booth (Hg.), *Full Employment*, S.57-69; N. H. Dimsdale, S. J. Nickell u. N. Horsewood argumentieren für den Zeitraum 1928-37, daß weder die Rezession noch die anschließende wirtschaftliche Erholung ursächlich durch Veränderungen des Realloohniveaus ausgelöst wurden, sondern vielmehr durch Beeinträchtigungen der Nachfrage und einen Preissturz bei Importgütern (dies., *Real Wages and Unemployment in Britain During the 1930's*, in: *Economic Journal* 99 (1989), S.271-92); William R. Garside beleuchtet die Bedeutung der zeitgenössischen, neoklassischen Lohndiskussion als stimulierendes Element für die Entwicklung der keynesianischen Konjunkturtheorie (ders., *The Real Wage Debate and British Interwar Unemployment*, in: Glynn u. Booth (Hg.), *Full Employment*, S.70-81).

tiver Einflüsse sowohl auf die Nachfrage- als auch auf die Angebotsseite Anfang der zwanziger Jahre begründet. Zum einen habe die drastische Verkürzung der Arbeitszeit nach dem Ersten Weltkrieg als "major supply shock" die Reallohne stärker ansteigen lassen als die Arbeitsproduktivität. Zum anderen habe die Rückkehr der Regierung zum Goldstandard zu einer verminderten Konkurrenzfähigkeit und Nachfrage nach britischen Erzeugnissen infolge der Überbewertung des Pfundes geführt und damit ebenfalls die Freisetzung von Arbeitskräften ausgelöst.⁸⁹

Andere Autoren hoben die monetären Fehlentwicklungen auf dem internationalen Kapitalmarkt noch entschiedener hervor. Nach Barry Eichengreens keynesianisch geprägter Auffassung trug eine restriktive US-amerikanische Geldpolitik maßgeblich zum Ausbruch der Krise bei, indem sie andere Länder ebenfalls zur Deflation zwang, um ihre Goldparität zu verteidigen. Diejenigen Staaten, die sich, wie z.B. Großbritannien, frühzeitig zur Abkehr vom Goldstandardsystem und zu einer expansionistischen Geldpolitik entschlossen, hätten daher auch am schnellsten die Wirtschaftskrise bewältigt.⁹⁰

⁸⁹ Vgl. Stephen N. Broadberry, *The Emergence of Mass Unemployment: Explaining Macroeconomic Trends in Britain During the Trans-World War I Period*, in: *EcHR* 43 (1990), S.271-82; kritisch dazu Sean Glynn u. Alan Booth, *The Emergence of Mass Unemployment: Some Questions of Precision*, in: *EcHR* 45 (1992), S.731-38; Broadberry antwortete darauf mit dem Beitrag "The Emergence of Mass Unemployment: A Reply", ebd., S.739-42. Ausführlicher ders., *The British Economy Between the Wars. A Macroeconomic Survey*, Oxford 1986; hinsichtlich der Angebotsseite mit übereinstimmenden Ergebnissen für Deutschland: ders. u. Albrecht O. Ritschl, *The Iron Twenties: Real Wages, Productivity and the Lack of Prosperity in Britain and Germany before the Great Depression*, in: Christoph Buchheim, Michael Hutter u. Harold James (Hg.), *Zerrissene Zwischenkriegszeit: Wirtschaftshistorische Beiträge*. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 1994, S.15-43.

⁹⁰ Vgl. ders., *The Origins and Nature of the Great Slump Revisited*, in: *EcHR* 45 (1992), S.213-39; vgl. auch ders., *Wages and the Gold Standard. Perspectives on the Borchardt Debate*, in: Buchheim u.a. (Hg.), *Zerrissene Zwischenkriegszeit*, S.177-203. Kritisch dazu: Harold James, *Financial Flows Across Frontiers During the Interwar Depression*, ebd., S.594-613. Ähnlich wie Eichengreen argumentierte bereits Charles P. Kindleberger in seiner klassischen Studie "Die Weltwirtschaftskrise. 1929-1939", München 1984(3); Theodore Balderston hat in zahlreichen Beiträgen die Auswirkungen des Kapitalmarkts und die Folgen der staatlichen Geld- und Finanzpolitik auf das Investitionsverhalten und den Arbeitsmarkt in der Weimarer Republik untersucht; vgl. ders., *The Origins of Economic Instability in Germany, 1924-1930: Market Forces versus Economic Policy*, in: VSWG 69 (1982), S.488-514, und die in Kap.II.1., Anm.36 genannten Titel. In seinem neueren Werk "The Origins and Course of the German Economic Crisis 1923-1932", Berlin 1993, befaßt sich der Autor ausführlich mit den Ursachen des besonders schweren Auftretens der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. Dabei weist er Thesen zurück, die die Lohnentwicklung oder eine unzureichende Wettbewerbsfähigkeit auf dem

Für starken Widerspruch in der Forschung sorgte die von Daniel K. Benjamin und Lewis A. Kochin aufgestellte Behauptung, daß die, im Verhältnis zu den Durchschnittslöhnen relativ hohen, Arbeitslosenversicherungsleistungen für einen Anstieg der Arbeitslosenrate in der britischen Zwischenkriegszeit um durchschnittlich 5-8% verantwortlich gewesen seien⁹¹. Großzügige Leistungen zusammen mit seit dem Erlaß der Unemployment Insurance Act von 1920 fortschreitend erleichterten Bezugsbedingungen hätten ein hohes Maß an freiwilliger Erwerbslosigkeit induziert, da deren finanzielle Nachteile gering gewesen seien. Die Arbeitslosen hätten sich daher mit der Suche nach einer neuen Beschäftigung Zeit lassen und wählerisch sein können. Die Autoren belegen ihre These für den Zeitraum von 1920 bis 1938 mit Hilfe einer linearen, auf dem Verhältnis von Arbeitslosenunterstützungsleistungen und Löhnen basierenden Regressionsanalyse. Als zusätzliches Beweismaterial führen sie die im Vergleich zu den Erwachsenen geringe Erwerbslosenquote unter den Jugendlichen an, die niedrigere Unterstützungsleistungen bezogen, sowie den Rückgang der Frauenarbeitslosigkeit im Gefolge der Anomalies Act von 1931, die u.a. die Bezugsbedingungen für verheiratete Frauen verschärfte.

Diesen Auffassungen wurde in verschiedener Hinsicht widersprochen⁹². Dabei wurde die höhere Attraktivität der Einstellung jugendlicher Arbeitskräfte für die Arbeitgeber als Billiglohnkräfte hervorgehoben⁹³. Es wurde darauf hingewiesen, daß die zurückgehende Erwerbslosenquote unter verheirateten Frauen lediglich administrative Veränderungen widerspiegele, nicht aber eine zunehmende Erwerbstätigkeit. Bei schärferen Bewilligungskriterien seien weniger Frauen in den Genuß der Unterstützung gekommen und in entsprechend reduzierter Zahl als arbeitslos registriert worden⁹⁴. Weiterhin wurde geltend gemacht, daß die These

Exportmarkt verantwortlich machen, und hebt erneut die negativen Folgen der staatlichen Geldpolitik hervor.

⁹¹ Vgl. dies., *Searching for an Explanation of Unemployment in Inter-War Britain*, in: *JPolEc* 87 (1979), S.441-78, hier S.441.

⁹² Die Autoren haben einen Teil ihrer Kritiker ausführlich geantwortet. Vgl. Daniel K. Benjamin u. Lewis A. Kochin, *Unemployment and Unemployment Benefits in Twentieth-Century Britain: A Reply to Our Critics*, in: *JPolEc* 90 (1982), S.410-36.

⁹³ Vgl. P. A. Ormerod u. G. D. N. Worswick, *Unemployment in Interwar Britain*, in: *JPolEc* 90 (1982), S.400-09, hier S.407 f., die darüber hinaus auch die Aussagekraft der ökonomischen Berechnungen von Benjamin und Kochin in Zweifel ziehen.

⁹⁴ Vgl. Michael Collins, *Unemployment in Interwar Britain. Still Searching for an Explanation*, in: *JPolEc* 90 (1982), S.369-79, hier S.372-78. Auch Collins bemängelt den Ansatz der Zeitreihenanalyse, der sektorale und regionale Unterschiede nicht berücksichtigt, und fordert stattdessen Querschnittsanalysen; vgl. ebd., S.372.

von der "freiwilligen" Erwerbslosigkeit ein nicht in Anspruch genommenes, aber ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen voraussetze. Dieses sei in den strukturschwachen Gebieten Großbritanniens nicht gegeben gewesen. Sie vernachlässige darüber hinaus die sozialen und psychologischen Auswirkungen der dort herrschenden Langzeitarbeitslosigkeit, wie Überalterung, Verlust an beruflicher Qualifikation und Apathie. Die Annahme von der freiwilligen Arbeitslosigkeit erweise sich zwar insofern als richtig, als die Langzeiterwerbslosen eine geringe Bereitschaft zur Mobilität gezeigt oder sich für die Unterstützung und gegen die Annahme von Gelegenheitsarbeit entschieden haben, die eine Dequalifizierung zum ungelerten Arbeiter durch das Arbeitsamt zur Folge gehabt hätte. Diese Entscheidungen seien jedoch unter dem Druck der Erwerbslosigkeit getroffen worden und bedeuteten keine zynische Ausnutzung des Arbeitslosenunterstützungssystems⁹⁵.

Auch das Ausmaß der Liberalisierung des Unterstützungssystems wurde in Frage gestellt und die Sanktionsmaßnahmen, wie etwa die Bedürftigkeitsprüfung ("means test"), betont, die zur Ablehnung von Ansprüchen auf Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung gestanden hätten⁹⁶. Im Vergleich mit dem britischen Arbeitslosenunterstützungssystem nach dem Zweiten Weltkrieg könne zudem die Behauptung nicht aufrechterhalten werden, daß eine unangemessene Großzügigkeit des Systems zwischen den Kriegen einen Anstieg der Erwerbslosenrate hervorgerufen hätte. Obwohl das Verhältnis von Unterstützungsleistungen und Löhnen in der Nachkriegszeit dem der Vorkriegszeit zumindest vergleichbar und die Bewilligungskriterien sogar großzügiger gewesen seien, sei die Arbeitslosigkeit zwischen den Kriegen mindestens dreimal so hoch wie die in den drei Jahrzehnten nach 1945 gewesen⁹⁷.

William Garside hat schließlich zusammenfassend darauf aufmerksam gemacht, daß es sich als schwierig erwiesen habe, "(...) to establish any significant causal link between unemployment insurance, institutional wage procedures, trade union strength and wage rigidity. The most dramatic fall in nominal money wages occurred during the early 1920s when the union share of the labour force was nearly double that of 1930/1 when wages stayed almost constant at a time of considerably higher unemployment."⁹⁸

⁹⁵ Vgl. N. F. R. Crafts, Long-term Unemployment in Britain in the 1930s, in: ECHR 40 (1987), S.418-32, hier S.431.

⁹⁶ Vgl. Rodney Cross, How Much Voluntary Unemployment in Interwar Britain?, in: JPolEc 90 (1982), S.380-85.

⁹⁷ David Metcalf, Stephen J. Nickell u. N. Floros, Still Searching for an Explanation of Unemployment in Interwar Britain, in: JPolEc 90 (1982), S.386-99, hier S.394.

⁹⁸ Garside, Real Wage Debate, S.73.

Sean Glynn und Alan Booth hatten schon Mitte der siebziger Jahre darauf hingewiesen, daß Großbritannien in der Zwischenkriegszeit unter einem nicht monokausal herzuleitenden, vielschichtigen Arbeitslosenproblem gelitten habe⁹⁹. Zyklische, frktionale, saisonale, vor allem aber strukturell begründete, regionale Formen der Erwerbslosigkeit seien hier zu nennen, so daß auch eine keynesianisch operierende Wirtschaftspolitik die Intensität des Arbeitslosenproblems zwar gemildert, aber nicht beseitigt hätte. In den achtziger Jahren nahmen sie dieses Argument wieder auf und bekräftigten erneut, daß „(...) the much proclaimed 'End of the Keynesian Era' has cast doubts on the ability of established theories to explain not only the problems of the contemporary world, but also, by extension, those of the interwar period.“¹⁰⁰

Im Licht einer differenzierteren Analyse der Arbeitslosenstatistiken biete Großbritannien in der Zwischenkriegszeit das Bild einer "dual economy" mit struktureller Arbeitslosigkeit in den Basisindustrien auf der einen Seite, deren Bekämpfung eine Politik der Deflation und der Lohnkürzungen zur Kostensenkung erforderte hätte, und den potentiellen Wachstumsindustrien auf der anderen Seite, die zu ihrer Entwicklung und Expansion der Reflation und steigender Nachfrage bedurft hätten¹⁰¹. Angesichts dieser sich ausschließenden wirtschaftspolitischen Alternativen habe sich der Beitrag der britischen Regierungen zur wirtschaftlichen Erholung in den dreißiger Jahren zu Recht primär auf die Förderung privater Wohnungsbauminvestitionen durch die Senkung der Zinssätze und auf die Arbeitslosenunterstützung zur Aufrechterhaltung der Kaufkraft und des sozialen Friedens beschränkt¹⁰². Im Gegensatz zu neokyesianischen Interpretationen¹⁰³

⁹⁹ Vgl. dies., Unemployment in the Interwar Period: A Multiple Problem, in: JCH 10 (1975), S.611-36, und die anschließende Kontroverse: dies., Interwar Unemployment: Restatement and Comments, in: JCH 15 (1980), S.761-68; J. D. Tomlinson, Unemployment and Government Policy Between the Wars: A Note, in: JCH 13 (1978), S.65-78; ders. / Alan Booth u. Sean Glynn, Interwar Unemployment - Two Views, in: JCH 17 (1982), S.545-55.

¹⁰⁰ Sean Glynn u. Alan Booth, Unemployment in Interwar Britain: A Case for Re-learning the Lessons of the 1930s?, in: ECHR 36 (1983), S.329-48, Zitat S.329; dies., Building Counterfactual Pyramids, in: ECHR 38 (1985), S.89-94; kritisch: William R. Garside u. T. J. Hatton, Keynesian Policy and British Unemployment in the 1930s, ebd., S.83-88.

¹⁰¹ Vgl. Glynn u. Booth, A Case for Re-learning, S.337.

¹⁰² Vgl. ebd., S.342 f.

¹⁰³ Die Kritik der Neokyesianer macht sich vor allem an der orthodoxen fiskalpolitischen Einstellung des Schatzamtes, dem sogenannten "Treasury view", fest, der sich u.a. in der Ablehnung staatlicher Investitionen zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen äußerte; vgl. Derek H. Aldcroft, The Inter-War-Economy: Britain 1919-1939,

könne die Durchführung eines staatlichen "demand-management" nicht zur *Conditio sine qua non* der Wirtschaftspolitik gemacht werden. Die Politik der Nationalen Regierungen habe eine durchaus konsistente, vom traditionellen "laissez-faire" abweichende Strategie der Förderung der privaten Profitmöglichkeiten durch Preiserhöhungen und Senkung der Produktionskosten verfolgt. Diesem Ziel habe die Abwertung der Währung, die Senkung der Zinssätze, die Einführung von Schutzzöllen und die Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen gedient: "Delegated management" seems to be a more accurate description of economic policy in the 1930s.¹⁰⁴

Die lebendigen, insbesondere in der angelsächsischen Forschung sehr differenziert geführten Kontroversen lenken die Aufmerksamkeit auf einen zur Erklärung der deutschen Entwicklung bisher weitgehend vernachlässigten Sachverhalt: die unterschiedlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise. Strukturell begründeter Erwerbslosigkeit kann nicht mit den gleichen Mitteln begegnet werden wie konjunkturell verursachter, zyklischer Arbeitslosigkeit. Sowohl keynesianisch argumentierende Analysen der Depression in Deutschland, als auch angebotsorientierte Interpretationen, wie sie u.a. Knut Borchardt vorlegte, müßten daher unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitslosen-, Investitions- und Produktivitätsrate sowie der Lohnentwicklung von Industrie zu Industrie, von Region zu Region auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden. Dies kann im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht geleistet werden. Jedoch wird im folgenden von Interesse sein, inwieweit die Gewerkschaften die

London 1970, S.314-22. Nach der Öffnung neuer staatlicher Akten im Public Record Office Ende der sechziger / Anfang der siebziger Jahre erfolgte eine partielle Revision dieses Urteils; vgl. Roger Middleton, *Treasury Policy on Unemployment*, in: Glynn u. Booth (Hg.), *Full Employment*, S.109-24; G. C. Peden, *The "Treasury View" on Public Works and Employment in the Interwar Period*, in: *EcHR* 37 (1984), S.167-81; Robert Skidelsky, *Keynes und die Treasury: Argumente für und wider eine aktive Arbeitslosenpolitik 1920-1939*, in: Wolfgang J. Mommsen (Hg.) in *Zs.arb.* mit Wolfgang Mock, *Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850-1950*, Stuttgart 1982, S.175-95.

Vgl. Alan Booth, *Britain in the 1930s: A Managed Economy?*, in: *EcHR* 40 (1987), S.499-522, Zitat S.512; ders., *Britain in the 1930s: A Managed Economy? A Reply to Peden and Middleton*, in: *EcHR* 42 (1989), S.548-55; kritisch dazu: Roger Middleton, *Britain in the 1930s: A Managed Economy? A Comment*, in: *EcHR* 42 (1989), S.544-47; G. C. Peden, *Britain in the 1930s: A Managed Economy? A Comment*, in: *EcHR* 42 (1989), S.538-43. Booth bezog seine Kritik primär auf Aldcroft, *British Economy*; G. C. Peden, *British Economic and Social Policy: Lloyd George to Margaret Thatcher*, Deddington 1985; Donald Winch, *Britain in the Thirties. A Managed Economy?*, in: C. H. Feinstein (Hg.), *The Managed Economy: Essays in British Economic Policy and Performance Since 1929*, Oxford 1983, S.47-67 (Nachdruck; zuerst ersch. 1969).

unterschiedlichen Formen der Erwerbslosigkeit erkannten und in ihren Forderungen und Aktivitäten berücksichtigten.

Tab.14: Mitgliederentwicklung, Organisationsgrad und Parteimitgliedschaft im TUC, 1918-1939

(1) Erwerbsbe- völkerung (1000)	(2) Gewerkschaft s-mitglieder gesamt (1000)	(3) TUC (1000)	(4) TUC (1920 = 100)	(5) TUC von allen Gewerkschafts- mitgliedern (%)	(6) TUC- Organisations- grad (%)	(7) TUC- Frauenanteil (%)	(8) Labour Party- Mitglieder im TUC (1000)	(9) Labour Party- Mitglieder im TUC (%)
1918	18.312	6.533	69,7	69,4	24,8		2.960	65,3
1919	18.391	7.926	81,2	66,7	28,7		3.464	65,6
1920	18.469	8.348	100,0	77,9	35,2		4.318	66,4
1921	18.548	6.633	98,7	96,8	34,6	10,5	3.974	61,9
1922	17.804	5.625	78,9	91,2	29,3	9,0	3.279	63,9
1923	17.965	5.429	67,2	80,5	24,3		3.120	71,4
1924	18.125	5.544	66,5	78,1	23,9	7,4	3.158	73,0
1925	18.286	5.506	66,9	79,0	23,8	6,9	3.338	76,7
1926	18.446	5.219	67,1	83,7	23,7	10,3	3.352	76,8
1927	18.609	4.919	64,0	84,7	22,4	9,2	3.239	77,8
1928	18.771	4.806	59,6	80,6	20,6	10,4	2.025	52,3
1929	18.934	4.858	56,5	80,6	19,4	12,7	2.044	55,7
1930	19.096	4.842	57,6	77,3	19,6	12,6	2.011	53,7
1931	19.259	4.624	57,2	80,4	19,3	12,4	2.024	54,4
1932	19.340	4.444	55,5	81,3	18,7	12,3	1.960	54,3
1933	19.442	4.392	51,8	76,7	17,3	12,3	1.899	56,4
1934	19.503	4.590	50,7	71,8	16,9	11,9	1.858	56,4
1935	19.585	4.867	52,1	69,6	17,3	12,1	1.913	56,5
1936	19.666	5.295	55,6	68,3	18,4	11,6	1.969	54,5
1937	19.748	5.842	61,6	68,6	20,3	11,3	2.037	50,8
1938	19.829	6.053	68,6	73,7	22,5	11,9	2.158	48,4
1939	19.911	6.298	71,8	74,1	23,5	11,8	2.214	47,4

Legende und Quellen:

Spalte (1): Robert Price u. George Sayers Bain, *The Labour Force*, in: A. H. Halsey (Hg.), *British Social Trends Since 1900. A Guide to the Changing Social Structure of Britain*, Basingstoke 1988(2), Tab.4.11, S.186-88: Gesamte Erwerbsbevölkerung des Vereinigten Königreichs einschließlich der Arbeitslosen, ohne Arbeitgeber, Selbstständige und Mitglieder der Streitkräfte; errechnet auf der Basis von Volkszählungen.

Spalte (2): Price u. Bain, *Labour Force*, Tab.4.11 (basierend auf dem Vereinigten Königreich); ebenso Chris Cook u. John Stevenson (Hg.), *The Longman Handbook of Modern British History 1714-1987*, London usw. 1989(2), S.172 f.; Henry Pelling, *A History of British Trade Unionism*, London 1972(2), S.268-70; G. S. Bain u. R. Price, *Profiles of Union Growth. A Comparative Statistical Portrait of Eight Countries*, Oxford 1980, Tab.2.1, S.37 f.; David Butler u. Gareth Butler, *British Political Facts*, London 1986(6), S.372 (dort um ein Jahr verschobene Angaben: 1919 = 1918 bei Price u. Bain etc.). Andere Zahlen (basierend auf Großbritannien) bei Hugh A. Clegg, *A History of British Trade Unions Since 1889*, Bd.2: 1911-1933, Oxford 1985, Tab.8, S.570, u. Bd.3: 1934-1951, Oxford 1994, Tab.1, S.430; Bain u. Price, *Profiles of Union Growth*, Tab.2.2, S.39 f.; als Grundlage für den TUC-Anteil ungeeignet, da dessen Mitgliedszahlen auf dem Vereinigten Königreich basieren. TUC, *Report of Proceedings at the [60th-71st] Annual Trades Union Congress*, London [1928-1939]; Clegg, a.a.O.; Butler u. Butler, a.a.O.; um ein Jahr verschobene Angaben bei: Cook u. Stevenson, a.a.O.; Pelling, a.a.O.; Price u. Bain, *Labour Force*, Tab.4.12, S.190-92 (1918 = 1919 bei Clegg etc.).

Spalte (3): Errechnet aus dem Anteil der TUC-Mitglieder an der Erwerbsbevölkerung (potentielle Mitglieder). Letztere schließt neben Arbeitern und Angestellten auch diejenigen Berufsgruppen ein, die in Deutschland Beamtenstatus hätten.

Spalte (4): TUC-Reports 1920-1939; der Jahresbericht von 1923 konnte nicht eingesehen werden. Bis einschließlich 1920 wurden die weiblichen Mitglieder nicht gesondert aufgeführt. Auch danach beruht der hier errechnete Frauenanteil auf höchst unsicherer Zahlenbasis, da es der TUC mit der Richtigkeit seiner statistischen Angaben nicht so genau nahm. Einige Verbände wechseln so mit den Jahren zwischen einer rein männlichen und einer rein weiblichen Mitgliedschaft hin und her. Am gravierendsten wirkt sich dies bei der Amalgamated Weavers' Association aus, die 1926 ihre weiblichen Mitglieder erstmals getrennt auswies. Der TUC-Frauenanteil erhöhte sich dadurch drastisch um 122.449 Personen (= 27,2% aller weiblichen TUC-Mitglieder in diesem Jahr) und läßt darauf schließen, daß er vor 1926 beträchtlich höher war als in der Tabelle angegeben.

Spalte (5): Clegg, a.a.O.; ebenso Price u. Bain, *Labour Force*, Tab.4.12; Butler u. Butler, *Political Facts*, S.151; Henry Pelling, *A Short History of the Labour Party*, London 1986(8), App.A, S.193-95.

Noch gravierender war der Mitgliederschwund beim Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB), der ebenfalls zum Organisationsverbund der freien Gewerkschaften gehörte. Seit seiner Gründung am 18. Juni 1922 war er von 420.000 auf ca. 170.000 in den Jahren 1928-1932 oder 40,5% des Anfangsbestands geschrumpft. Langfristig und im Hinblick auf die gesamte abhängig beschäftigte Erwerbsbevölkerung gesehen erweist sich daher die Mitgliederentwicklung und Integrationskraft des TUC als wesentlich stabiler als die der freien Gewerkschaften, die vor allem mit dem Standesbewußtsein und Statusdenken der deutschen Angestellten und Beamten zu kämpfen hatten. Weder dem AfA-Bund noch dem ADB gelang es in der Weimarer Republik, sich innerhalb der sie jeweils betreffenden Berufsgruppen einen wirklichen Rückhalt zu verschaffen⁷.

Diese Überlegungen stehen auch hinter der hier vorgenommenen Berechnung des Organisationsgrades. Ein Vergleich der Organisationsquoten von ADGB und TUC vermittelt auf den ersten Blick den Eindruck, als habe der erstere mit fast 50% in der Hoch-Zeit von 1920-22 und immer noch 23,5% auf dem Tiefpunkt 1932 über eine weit größere organisatorische Stärke verfügt als der letztere mit 35,2% 1920 und nur 16,9% 1934. Dieses Ergebnis wird jedoch stark relativiert, da die der Forschungsliteratur zu entnehmenden Statistiken bei der Ermittlung des ADGB-Organisationsgrades lediglich die Zahl der potentiell rekrutierbaren Arbeiter⁸ zugrunde legen. Beim TUC basiert die entsprechende Angabe hingegen auf allen abhängigen Erwerbspersonen - Arbeiter, Angestellte und Beamte -, obwohl dieser seit 1927 die letztgenannten Berufsgruppen nicht einmal mehr organisieren durfte. Mangels geeigneter Zahlen für den ADB wurde hier nun zumindest versucht, dem TUC-Organisationsgrad die entsprechenden Angaben für den ADGB und AfA-Bund als Organisationsverbund gegenüberzustellen. Aufgrund verschiedener statistischer Probleme, die in der Legende von Tabelle 15 erläutert werden, können die deutschen Daten lediglich eine Schätzung darstellen. Dennoch ergibt der Vergleich nun ein - gesamtgesellschaftlich gesehen - realistischeres Bild mit beispielsweise 22-23% für beide Dachverbände im Durchschnitt der stabilen Mittelphase 1925-29 beider Länder bzw. 18,7% für den TUC und 19,4% für die freien Gewerkschaften im Krisenjahr 1932.

⁷ Zum AfA-Bund und ADB vgl. Potthoff, Freie Gewerkschaften, S.26-30; Braunthal, S.124-26. Beim britischen Dachverband ist zudem zu berücksichtigen, daß die ihm angeschlossenen Verbände aus Kostengründen meist weniger Mitglieder angaben als sie tatsächlich besaßen (s.u., S.177 f., Anm.18-21), so daß die TUC-Mitgliederstatistik vermutlich beträchtlich nach oben korrigiert werden müßte.

⁸ Obwohl in den Jahresdurchschnittszahlen der Mitglieder in der Einzelgewerkschaften des ADGB Beamtenmitglieder enthalten waren (1931 waren es bspw. insgesamt 91.720), für die von den Verbänden Beiträge an den ADB entrichtet wurden; vgl. ADGB-Jahrbuch 1931, Anm. zu Tab.22, S.302 f.

Tab.15: Mitgliederentwicklung und Organisationsgrad in den Freien Gewerkschaften, 1918-1932

	(1) Arbeiter u. Angestellte in gewerkschaftlichen Dachorganisationen gesamt	(2) ADGB u. AfA-Bund	(3) ADGB	(4) ADGB (1920 = 100)	(5) ADGB u. AfA- Bund von allen organisierten Arbeitern u. Angest. (%)	(6) ADGB u. AfA-Bund - Organisationsgrad (%)	(7) ADGB- Organisations- grad (%)	(8) ADGB- Frauenanteil (%)
1918	-	-	1.664.991	21,1	-	-	10,4	25,4
1919	7.942.715	6.058.748	5.479.073	69,4	76,3	29,9	34,2	21,8
1920	10.669.258	8.490.478	7.890.102	100,0	79,6	41,9	49,2	21,7
1921	10.214.256	8.125.522	7.567.978	95,9	79,6	40,1	47,2	20,1
1922	10.616.110	8.451.468	7.895.065	100,1	79,6	41,7	49,3	21,3
1923	9.575.038	7.646.044	7.138.416	90,5	79,9	37,7	44,6	21,4
1924	6.452.962	4.999.993	4.618.353	58,5	77,5	24,7	28,8	20,0
1925	5.945.976	4.502.991	4.156.451	52,7	75,7	22,2	25,9	18,1
1926	5.722.169	4.310.062	3.977.309	50,4	75,3	21,3	24,8	16,6
1927	6.013.077	4.482.779	4.150.160	52,6	74,6	22,1	25,9	15,7
1928	6.655.873	5.015.084	4.653.586	59,0	75,4	24,8	29,0	15,3
1929	7.037.367	5.296.357	4.906.228	62,2	75,3	26,1	30,6	14,7
1930	6.991.844	5.220.018	4.821.832	61,1	74,7	25,8	29,8	14,2
1931	6.466.027	4.798.548	4.417.852	56,0	74,2	23,7	27,3	14,0
1932	5.482.947	3.932.947	3.790.748	48,0	71,7	19,4	23,5	-

Legende und Quellen:

Spalte (1): Gerhard Beier, Das Problem der Arbeiteraristokratie im 19. und 20. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte einer umstrittenen Kategorie, in: ders., Geschichte und Gewerkschaft. Politisch-historische Beiträge zur Geschichte sozialer Bewegungen, Köln 1981, S. 118-180, Tab. VIII, S.169; Organisierte Arbeiter und Angestellte in den Freien Gewerkschaften (ADGB und AfA-Bund), den Christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Nicht enthalten sind - im Gegensatz zu den britischen Zahlen [Tab.14, Sp.(2)] - die organisierten Beamten, sowie die Arbeiter und Angestellten in den kleineren und Splitterorganisationen (z.B. syndikalistische, kommunistische oder wirtschaftsfriedliche, „gelbe“ Gewerkschafts-

verbände). Die letztgenannten Verbandsgruppen organisierten zwischen 1928 und 1931 insgesamt durchschnittlich ca. 6,6% der Arbeiter und Angestellten (errechnet nach Beier, a.a.O., Tab.VII, S.168 [Differenz zwischen dem jeweiligen Gesamtanteil der drei großen Dachverbände und 100%]).

Spalte (2): Heinrich Pothhoff, Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1987, Anh.B, Tab.1.a, S.348 f. (bei der Zahlenangabe für 1919 verschentliche Ziffernverdrehung); Beier, a.a.O., Tab. VIII. Beiers Angabe für 1932 beruht teilweise auf Schätzungen und ist nach Pothhoff um ca. 100.000 Mitglieder zu hoch.

Spalte (3): Pothhoff, a.a.O.: Jahresdurchschnittszahlen, die (nach Überprüfung der Jahrgänge 1928-1931) mit den ADGB-Jahrbüchern übereinstimmen. Dietmar Petzina, Werner Abelshauser u. Anselm Faust, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd.3: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978, S.111-113, nennen in ihren Mitgliederstatistiken hingegen die höchst unzuverlässigen, in den ADGB-Jahrbüchern teilweise differierend Jahresendzahlen (vgl. z.B. die Jahresendzahl am 31.12.1929 im Jahrbuch 1929, S.245, und im Jahrbuch 1930, S.245).

Spalte (5): Der errechnete freigewerkschaftliche Anteil ist aufgrund der in Sp.(1) nicht enthaltenen Arbeiter- und Angestelltengruppen tendenziell zu hoch.

Spalte (6): Petzina u.a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd.3, Tab.9c, S.55, und Erläuterungen, S.59 f.: Erwerbspersonen (Beschäftigte und Arbeitslose) nach der Stellung im Beruf. Angestellte und Beamte werden erst seit der Berufszählung von 1933 getrennt ausgewiesen. Dem gesamten Berechnungszeitraum 1919-1932 wurde daher die Summe der 1933 ermittelten Arbeiter und Angestellten (rd. 20.261.000) als potentielle Mitglieder der Freien Gewerkschaften zugrunde gelegt. Da sich die Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten seit der vorhergehenden Berufszählung von 1925 geringfügig erhöht hat, ist der errechnete Organisationsgrad tendenziell etwas zu niedrig.

Spalte (7): Petzina u.a., a.a.O.: Errechnet für den Zeitraum 1918-1929 aufgrund der 1925 ausgewiesenen Arbeiterzahl (rd. 16.024.000), für den Zeitraum 1930-1932 aufgrund der 1933 ausgewiesenen Arbeiterzahl (rd. 16.158.000). Vgl. auch Pothhoff, a.a.O., der von einer niedrigeren Gesamtarbeiterzahl ausgeht und infolgedessen zu einem höheren Organisationsgrad des ADGB gelangt. Ursache dafür ist vermutlich eine bei Petzina u.a., a.a.O., vorgenommene Umgruppierung einiger, von der amtlichen Statistik als selbstständig geführt, faktisch aber abhängig Beschäftigter (leitende Beamte, höhere Angestellte, Heimarbeiter, Hausgewerbetreibende).

Spalte (8): Errechnet nach Pothhoff, a.a.O..

Als soziale Gruppe für sich gesehen war die deutsche Arbeiterschaft jedoch ohne Zweifel nicht nur gewerkschaftlich stärker organisiert als die britische. Sie schloß sich auch in ihrer überwiegenden Mehrheit dem ADGB an, der daher bei offiziellen Kontakten mit staatlichen Institutionen stets als Koordinator und gemeinsamer Ansprechpartner für die drei anerkannten Spitzenorganisationen - freie Gewerkschaften, Deutscher Gewerkschaftsbund (der Dachverband der christlichen Gewerkschaften) und Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände (Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine) - fungierte⁹. Der Einfluß der sozialistischen Gewerkschaften auf die Regierung wurde allerdings primär aufgrund einer schwachen Flanke im Angestellten- und Beamtenbereich, in begrenztem Maße aber auch aufgrund der Existenz der genannten Richtungsgewerkschaften und zahlreicher anderer Konkurrenzorganisationen, wie die syndikalistischen, kommunistischen und in den letzten Jahren der Republik auch nationalsozialistischen Vereinigungen, sowie infolge innerverbandlicher Fraktionsbildungen entscheidend geschmälert¹⁰. Dies zeigt letztendlich auch der Anteil des TUC an allen britischen Gewerkschaftsmitgliedern, der zwischen 1918 und 1939 durchschnittlich 77,8% mit Spitzenwerten von über 80 und 90% in einigen Jahren betrug, obwohl es hier zwar keine Richtungsgewerkschaften, dennoch aber konkurrierende Oppositionsbewegungen gab. ADGB und AFA-Bund gemeinsam konnten dagegen zwischen 1919 und 1932 schätzungsweise nur die tendenziell überhöhte Zahl von durchschnittlich 75,9% aller organisierten Arbeiter und Angestellten an sich binden.

Vergleicht man jedoch die Organisationsentwicklung in den ADGB- und TUC-Verbänden im einzelnen, dann waren in beiden Fällen nicht ideologische Richtungsentscheidungen, sondern eine aus konjunkturellen oder strukturellen Gründen veränderte Nachfrage nach Arbeitskräften der maßgebliche Faktor für Mitgliederverluste oder -zuwächse. Eine Ausnahme bildeten möglicherweise die deutschen Landarbeiter, deren Massenaustritte aus den Gewerkschaften nach der kurzen revolutionären Aufbruchphase von 1918/19 fast ausschließlich die sozialistischen freien Gewerkschaftsverbände betrafen. Schon 1931 waren dem Landarbeiter-Verband nicht einmal mehr ganz ein Fünftel seiner Mitglieder von 1920 geblieben, der damit die höchste Fluktuationsrate aller ADGB-Verbände in der Zwischenkriegszeit aufwies¹¹. Vor dem britischen Hintergrund erscheint es aber zumindest fraglich, ob diese Entwicklung tatsächlich auf ideologische Vorbehalte bzw. man-

⁹ Zum Kräfteverhältnis zwischen dem ADGB und seinen Konkurrenzorganisationen vgl. Braunthal, ADGB, S.126-31; Pothhoff, Freie Gewerkschaften, S.42-45, 72-79.

¹⁰ Zur Auseinandersetzung des ADGB und des TUC mit extremistischen Parteien und radikalen Bewegungen inner- und außerhalb des Dachverbandes vgl. Kap.V.

¹¹ Vgl. Pothhoff, Freie Gewerkschaften, S.51, Anhang, Tab.1 c, S.352 f.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Archivalien

Bundesrepublik Deutschland

Archiv der Hans-Böckler-Stiftung (HBS-Archiv), Düsseldorf

Bestand 5:

ADGB-Restakten (Korrespondenz des ADGB-Bundesvorstands)

Nl. Lothar Erdmann:

Aus Aufzeichnungen von L. Erdmann, 1932-1933

Nl. Franz-Josef Furtwängler:

- 1: F.-J. Furtwängler, Die deutschen Gewerkschaften und ihr Ende durch Hitler (Ms.)
- 2: Leitfaden der Gewerkschaftsgeschichte (Ms.)

4: Daten zu Fritz Tarnows staatspolitischer Entwicklung (Ms.)

Nl. Heinrich Imbusch

Nl. Theodor Leipart

Nl. Johann Platte

Nl. Josef Simon:

J. Simon, Erinnerungen aus meinem Leben (Ms., 1947/48)

Archiv der sozialen Demokratie (AdsoD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bestand ADGB

Bestand Flugblätter, 1929-1933

Nl. Otto Braun

Nl. Wilhelm Dittmann:

Erinnerungen

Nl. Lothar Erdmann:

Kass. XII-XIII

Nl. Wilhelm Keil:

Kass. II, Mappen 5, 9, 11, 15, 17, 26, 29

Nl. Paul Löbe:

Mappe 22

Nl. Ludwig Preller:

Mappen 10, 21, 57-61, 64, 65, 132, 190

Nl. Hermann Müller:

Kass. I/1-161, II/1-334, V/1-38

Nl. Carl Severing:

Mappen 18, 21, 23, 25, 44, 45, 49, 50, 159, 161, 168, 173, 175, 185, 190, 192, 315-328

Nl. Otto Wels

Nl. Wladimir Woytinsky

Bundesarchiv Koblenz (BAK)

NS 26 NSDAP-Hauptarchiv:

815

R 2 Reichsfinanzministerium:

18815 - 18824 (R 2/18821 nicht vorhanden)

R 41 Reichsarbeitsministerium:

5, 633, 638-641, 656, 1057, 1185

R 43 I Reichskanzlei:

1138-1141, 1165, 1166, 2024, 2031, 2034-2047, 2055

R 43 II Reichskanzlei:

531, 536, 539, 540

R 163 Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung:

51, 52, 54, 57, 60, 65, 66

ZSg. Zeitgeschichtliche Sammlung:

ZSg. 1-87 / 1, 2, 4, 5, 7, 9-12

ZSg. 103 / 875, 876, 878, 1617, 1618, 1620-1625

ZSg. 126 / 825

Kleine Erwerbungen: 513, 577

Nl. 4 Hermann Dietrich:

307, 320, 343

Nl. 5 Hermann Pünder:

120, 128, 129, 131-136, 142-144

Nl. 13 Paul Silverberg:

11, 13, 17, 25, 26, 28, 34, 36, 64, 192-195, 234-236, 249, 250, 254, 255, 274,

310, 318-320, 369, 455-458, 464, 465, 702-707

Nl. 19 Paul Moldenhauer:

2, 3

Nl. 138 Ludwig Kastl:

4, 37

Nl. 209 Rudolf Wissell:

19-22, 43-46

Nl. 233 Wilhelm Lautenbach:

13, 16, 31

Nl. 243 Fritz Baade

Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BAP)

06.01 Präsidialkanzlei:

55, 56, St 43/1, 152

31.01 Reichswirtschaftsministerium:

9914, 9915, 9927

39.01 Reichsarbeitsministerium:

1141, 6460-6462, 6472-6476, 6497-6502, 6525-6528, 6556, 6557

39.03 Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung:

64, 74-76, 83, 84, 89-90, 122, 165, 215-217

39.05 Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung:

1-4, 9, 11-15, 41-44, 77-80, 212-222

61 Sta 1 Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten. Zeitungsausschnittsammlung:

2119-2121, 2134, 2135, 2178, 2179, 2195, 2213

63 DAF 3 Deutsche Arbeitsfront. Arbeitswissenschaftliches Institut. Zeitungsausschnittsammlung:

2178, 2179, 2381, 2382, 2424, 2426-2429, 2435, 2440, 2456, 2459, 2463, 2464, 2470, 2476, 2479, 2507, 2523, 2635-2638, 2644, 2646, 2697, 2698, 2768, 2807

Nl. 90 Mu 5 Hermann Müller:

3, 96, 97

Historische Kommission zu Berlin (HiKo) / August-Bebel-Archiv

Bestand ADGB-Restakten (NB):

NB 9, 10, 16, 20-34, 44, 81, 82, 109, 111, 112, 325-331, 348, 349, 424, 470, 471

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, ehemaliges Zentralarchiv des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (ZA FDGB), Berlin

AfA-Bund: A 124

Gewerkschaftskartell/Ortsausschuß des ADGB Nauen: A 6

Deutscher Baugewerksbund: Nr.272

Deutscher Holzarbeiter-Verband: A 44, A 50-51, A 53, Nr.157-158

Deutscher Hutarbeiter-Verband: Nr.135

Deutscher Landarbeiter-Verband: Nr.90, 104

Deutscher Tabakarbeiter-Verband: Nr.1

Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs: Nr.190

Verband der Deutschen Buchdrucker: A 8, Nr.204

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands: Nr.136

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe Deutschlands: A 118

Manuskripte: Nr.167 (Theodor Leipart. Artikel, 1945-1946)

Nl. 2 Theodor Leipart:

1: T. Leipart, Aus meinem Leben. Autobiographie (Ms. nach 1945)

7: T. Leipart, Der Aufstieg der Gewerkschaften (Ms.)

Nl. 16 Hermann Schlimme:

1, 19, 20, 39, 73

Nl. 25 Johann Sassenbach:

1-5

Nl. 28 Walter Maschke:

24

Nl. 54 Max Urich:

1, 2, 16, 22, 33, 37, 39, 41, 42, 48, 52

*Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, ehemaliges
Zentrales Parteiarchiv der SED im Institut für Marxismus-Leninismus (ZPA), Berlin*

I 2/708: 30, 99, 100-102

I 4/6: 8, 25, 27

II 160: 1

V SUF:163, 226, 486, 510, 523, 535

Nl. 152 Walter Maschke:

2

Großbritannien

*British Library of Political and Economic Science (BLPES) / London School of Economics and
Political Science (LSE)*

Papers of Sir Walter McLennan Citrine, Baron Citrine of Wembley (Citrine Papers):

Part I: 1/1-1/13, 3/1-3/4, 4/1-4/8, 7/3-7/8

Part III: 1/1-1/17, 2/1-2/2

Lansbury Collection:

Section III: Bd.19/c.1-21, Bd.19-20/d.1-440, Bd.25/n.1-17, Bd.25/o.1-166, Bd.29/d.1-14

Passfield Papers:

Diary of Beatrice Webb (Typescript), Bd.43-46

Section IV: 23, 25-27

Modern Records Centre (MRC) / University of Warwick Library

MSS.292

Trades Union Congress:

131.3/3 - 131.3/4

Training for the Unemployed

135.1 - 136.1

Unemployment, 1921-1960

157/1 - 157.83/15

Unemployment Insurance, 1922-1948

262/1 - 262/43

Industrial Conferences, 1919, 1924-1932

263/1 - 263/9

FBI and NCEO, 1929-1934

943/2 - 943/3

Germany

Public Record Office (PRO), Kew

Government Actuary's Department:
Act 1 /383

Board of Trade:

BT 56 /23/CIA/1172, 25/CIA/1251, 25/CIA/1251/4, 43/CIA/1870

Cabinet Office:

Cab 1 /195;

Cab 23 /65, 72, 81;

Cab 24 /203, 233;

Cab 27 /117, 197, 389, 397, 413, 437, 438, 497, 501, 502, 577-579;

Cab 58 /8, 10, 11, 14

Ministry of Housing and Local Government:

HLG 30 /1, 36, 61-63

Home Office:

HO 144 /20087, 20710, 21086

Ministry of Labour:

Lab 2 /775/4, 917/ED 58226, 917/ET 3692, 1168/ED 9484, 1168/IR 952, 1194/ED 21519,
1207/1, 1250/1, 1309/3-4, 1336/6-7, 1336/6, 1361/ED 9885, 1372/1/ET 1996, 1377/ET 5286,
1396/ET 1275, 1467/6, 1524/ED 1484/6, 1582/Stats 581, 1595/Stats 342, 1586/Stats 659,
2033/4, 2139/2, 2176/Stats 313

Lab 4 /9-11, 178, 192, 200-201, 204, 228, 231

Lab 8 /250, 253

Lab 9 /74

Ministry of Agriculture, Fisheries, and Food:

MAF 53 /20, 55, 57

Metropolitan Police Offices:

MEPO 2 /4142

Ministry of Health:

MHI 55 /217

Ministry of Pensions and National Insurance:

PIN 6 /38, 42

PIN 7 /67, 74, 101, 106, 126, 146, 154, 160, 162, 184

Prime Minister's Office:

PREM 1 /96, 217, 365

Public Record Office:

PRO 30(69): The Papers of the Rt. Hon. James Ramsay MacDonald, M.P., P.C., and of his wife, Margaret Ethel
 PRO 30(69) /260, 359, 371, 380-381, 383, 389, 401, 412-413, 440-442, 444-445, 447, 461, 516-517, 581

Treasury
 T 161 /533/S 34963/1, 533/S 34963/2
 T 172 /1769, 1800
 T 175 /39

Trades Union Congress and Labour Party Library, Congress House, London

Boxen: HD 5706, 5765-5767, 6661

II. Quellenpublikationen

1. Quelleneditionen

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik.
 - Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, bearb. von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a.R. 1970
 - Die Kabinette Brüning I und II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932, bearb. von Tilman Koops, Bd. 1 u. 2: Boppard a.R. 1982, Bd. 3: Boppard a.R. 1990
 - Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, bearb. von Karl-Heinz Minuth, 2 Bde., Boppard a.R. 1989
 - Das Kabinett von Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearb. von Anton Golecki, Boppard a.R. 1986

Archives of the British Labour Party, 1928-1937.

- Series II: Pamphlets and Leaflets of the Labour Representation Committee, 1900-06, and the Labour Party since 1906, Hassocks 1977

Archives of the British Liberal Party.

- Series I: Pamphlets and Leaflets, Part 2: 1912-1939, Hassocks 1978

Archives of the Trades Union Congress.

- Series I: TUC General Council, Minute Books, Part 1: 1921-1932; Part 2: 1932-1946, Hassocks 1975-1977

- Series II: Pamphlets and Leaflets, Part 1: Pamphlets and Leaflets 1887-1930; Part 2: Pamphlets and Leaflets 1931-1947, Hassocks 1977-1978

- Series III: Periodicals and Serials 1918-1977, Brighton 1981

- TUC Committee Minutes and Papers 1922-1953, Part I, Reel 3: Economic Committee, Box 1254, 1929-1944 (file 4 missing), Brighton 1983

Borsdorf, Ulrich, Hans O. Hemmer u. Martin Martiny (Hg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft: Historische Dokumente und Materialien, Köln usw. 1977

Craig, F. W. S. (Hg.), *British General Election Manifestos, 1900-1974*, London 1975

Deppe, Frank, u. Witich Roßmann, *Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929-1933*, Köln 1981

Flemming, Jens, u.a. (Hg.), *Die Republik von Weimar, Bd.2: Das sozialökonomische System, Düsseldorf 1979*

MacKenzie, Norman, u. Jeanne (Hg.), *The Diary of Beatrice Webb, Bd.4: 1924-1943, "The Wheel of Life", Cambridge, Massachusetts, 1985*

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingel. von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer u. Udo Wengst unter Mitw. von Jürgen Heideking, 2 Bde., Düsseldorf 1980

Robertson, N., u. K. I. Sams, *British Trade Unionism. Select Documents, 2 Bde., Oxford 1972*

Weber, Hermann, Klaus Schönhoven u. Klaus Tenfelde (Hg.), *Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert*, Köln;

- Bd.3: *Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924-1930*, bearb. von Horst-Albert Kuckuck u. Dieter Schiffmann (1986)

- Bd.4: *Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933*, bearb. von Peter Jahn unter Mitarb. v. Detlev Brunner (1988)

2. Zeitungen und Zeitschriften

Arbeiter-Zeitung. Organ der KPD, Sektion der Kommunistischen Internationale, Bez. Hessen-Frankfurt, mit Beilage Roter Stern, Nr.1-304, 6. Jg. 1929

Arbeitsrecht und Schlichtung. "Das Schlichtungswesen". Zugleich Mitteilungsblatt der Schlichtungsausschüsse im Deutschen Reich. Unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums und der Länder hrsg. v. der Vereinigung der Deutschen Schlichtungsausschüsse, 10. Jg. 1928 - 13. Jg. 1931

Daily Herald, London 1929-1939

Der Erwerbslose. Kampfblatt für Recht und Arbeit, hrsg. vom Nationalsozialistischen Erwerbslosenausschuß Hamburg, 14. Ausg., 5. Jg. 1933

Der Erwerbslose. Organ der Pflicht-Notstandsarbeiter und Erwerbslosen von Rheinland-Westfalen, hrsg. vom Landes-Ausschuß der Erwerbslosen von Rheinland-Westfalen, Köln, Nr.1-6, 1. Jg. 1926, Nr.1-5, 7, 8, 10, 2. Jg. 1927, Nr.15, 4. Jg. 1929, Nr.8, 5. Jg. 1930

Der Erwerbslosenfunktionär. Funktionsorgan der Erwerbslosenausschüsse Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark, Nr. 1-2, 1933

Der stempelnde Prolet. Mitteilungsblatt der Greifswalder Erwerbslosen, Nr.1-2, hrsg. vom Kreisvorstand der SPD, Greifswald 1931

Der Wahre Jacob. Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung, 50. Jg. 1929 - 53. Jg. 1932

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, hrsg. v. Theodor Leipart, Berlin, 5-10. Jg. 1928-1933

Die Weltbühne. Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft, 25. Jg. 1929 - 28. Jg. 1932

Erwerbslos. Blätter der Erwerbslosen der SPD Elmsbüttel, Nr.12, 21.1.1932

Erwerbslosen-Echo. Zeitung der Erwerbslosen für den Bezirk Großthüringen. Organ des Bezirkskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition, Erfurt, Nr.26-29, 31-36, 6. Jg. 1931

Erwerbslosenführer. Organ der Erwerbslosen-Ausschüsse und Vertrauensleute zur Behandlung aller Fragen der Erwerbslosenbewegung und des Kampfes gegen Not und Arbeitslosigkeit, Berlin, H.1-2, 1. Jg. 1931, H.1-8, 2. Jg. 1932, H.1, 3. Jg. 1933

Erwerbslosen-Tribüne. Informationsorgan für Erwerbslose, hrsg. von der SPD, Berlin 1930-1932

Erwerbslosentribüne, hrsg. von der SPD Hamburg, Nr.1, 3. Jg., Jan. 1933

Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 39.-43. Jg. 1929-1933. Nachdr., hrsg. v. Dieter Dowe, Berlin usw. 1983 (mit einem Anhang: Gewerkschaften in der Krise, von Helga Grebing, Michael Schneider und Klaus Schönhoven)

Industrial News. For the use of the press, hrsg. v. TUC General Council, London 1929-1937

Industrial Review, hrsg. v. TUC General Council, London Jan. 1929 - Aug. 1933

Labour. A Magazine for all Workers, hrsg. v. TUC u. Labour Party, Bd.1-4, London, Aug. 1933 - Aug. 1937

Monthly Circular of the Labour Research Department, hrsg. v. der Fabian Society / Labour Research Department, London 1929-1930

Sozialistische Monatshefte, Bd.1-2, 35. Jg. 1929, Bd.1-2, 36. Jg. 1930, Bd.1, 37. Jg. 1931, Bd.1-3, 38. Jg. 1932

The Labour Magazine, hrsg. v. TUC u. Labour Party, Bd.8-12, London, Mai 1929 - Aug. 1933

The Labour Monthly. A Magazine of International Labour, Bd. 10 (1928) - 21 (1939)

The New Leader, hrsg. v. der Independent Labour Party, London 1929-1933

3. Amtliche Veröffentlichungen

Denkschrift über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung. Reichstag, III. Wahlperiode 1924/27, Drucks. Nr.2921, Berlin, 24.1.1927

Die Verhandlungen der Sachverständigenkommission für Fragen der Arbeitslosenversicherung, Juli 1929 (Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblattes), Berlin 1929

Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage ["Brauns-Kommission"], Gutachten zur Arbeitslosenfrage (Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblattes), 3 Teile, Berlin 1931

PP 1928-29, Cmd.3331: Memoranda on Certain Proposals relating to Unemployment, London 1929

PP 1929-30, Cmd.361: Economic Advisory Council, Committee on the Cotton Industry, Report, London 1930

PP 1929-30, Cmd.3519: Statement on Works approved for Government Financial Assistance in connection with Unemployment, London 1930

PP 1929-30, Cmd.3601: Economic Advisory Council, Report of Delegation on the Industrial Conditions in the Iron and Steel Industries in France, Belgium, Luxemburg, Germany and Czechoslovakia, London 1930

PP 1929-30, Cmd.3616: Unemployment. Meeting with Local Authorities on the 25th June, 1930, regarding works for the relief of unemployment. Statements by the Minister of Health and the Minister of Transport, London 1930

PP 1930-31, Cmd.3746: Statement of the principal measures taken by H. M. Government in connection with Unemployment, London 1930

PP 1930-31, Cmd.3859: Report of the Ministry of Labour for the Year 1930, London 1931

PP 1930-31, Cmd.3897: Committee on Finance and Industry [Macmillan Committee], Report, London 1931

PP 1930-31, Cmd.3920: Committee on National Expenditure [May Committee], Report, London 1931

PP 1930-31, Cmd.3952: Memorandum on the Measures proposed by His Majesty's Government to secure Reductions in National Expenditure, London 1931

PP 1931-32, Cmd.4044: Ministry of Labour, Report for the Year 1931, London 1932

PP 1931-32, Cmd.4185: Royal Commission on Unemployment Insurance, Final Report, London 1932

PP 1932-33, Cmd.4281: Ministry of Labour, Report for the Year 1932, London 1933

PP 1932-33, Cmd.4354: Unemployment Grants Committee, Final Report. 20th December, 1920, to 31st August, 1932, London 1933

PP 1933-34, Cmd.4543: Ministry of Labour, Report for the Year 1933, London 1934

PP 1934-35, Cmd.4786: Report of the Unemployment Insurance Statutory Committee, in accordance with Section 20 of the Unemployment Insurance Act, 1934, on the question of the insurance against unemployment of persons engaged in employment in agriculture, London 1935

PP 1934-35, Cmd. 4861: Ministry of Labour, Report for the Year 1934, London 1935

PP 1935-36, Cmd.5145: Ministry of Labour, Report for the Year 1935, London 1936

PP 1936-37, Cmd.5317: Absorption of the Unemployed into Industry. Discussions between the Minister of Labour and Representatives of certain Industries, London 1936

PP 1936-37, Cmd.5386: Ministry of Labour, Statement relating to Special Areas including Memorandum on Financial Resolution to be proposed, London 1937

PP 1936-37, Cmd.5431: Ministry of Labour, Report for the Year 1936, London 1937

PP 1937-38, Cmd.5717: Ministry of Labour, Report for the Year 1937, London 1938

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat, Nr.380, 1920/32, Bericht des Zentralausschusses (21er Ausschluß) über die Hebung der Produktion, insbesondere durch Arbeitsbeschaffung, 12.3.1932 [in: BAP, 39.05/3]

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes im Winter 1933/34, Denkschrift des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, vom 28.9.1933 [in: BAK, R 41/5(BI.1-15)]

4. Veröffentlichungen von Parteien und Organisationen

ADGB, Für den internationalen Achtundentag!, o.O., o.J.

ders., Entschließung des Bundesausschusses des ADGB zur Denkschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände über Arbeitstarifpolitik, Wirtschaftskrise und Währung, Berlin, 12. Juni 1925

ders., Die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der deutschen Gewerkschaften - ein wirtschaftspolitisches Erfordernis, Berlin, August 1925

ders., Um die Handelspolitik. Schutzzoll oder Freihandel? Material für gewerkschaftliche Vorträge, o.O., März 1925

ders., ADGB. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Was ist der ADGB? Was will der ADGB? Was leistet der ADGB? Die Ziele des ADGB, Berlin 1926

ders., Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung, Berlin 1929

ders., Leipart und Breitscheid über die Notverordnung, Berlin 1931

ders., Arbeitsbeschaffung. Die Forderungen der Gewerkschaften. Sieben Millionen Arbeitslose verlangen Arbeit und Brot!, Berlin 1932

ders., Hilfe für die erwerbslose Jugend. Die Stellung der Gewerkschaften zum freiwilligen Arbeitsdienst, Berlin 1932

ders., Sozialer Dienst - Hilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend, Berlin 1932

ders., Warum arbeitslos? Heraus aus dem Elend! Berlin 1932

ders., Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten u. AfA-Bund, Wirtschaftskrise und Gewerkschaftsforderungen. Denkschrift der Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften an die Reichsregierung (Eine Antwort auf die Eingabe der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an den Reichskanzler vom 12. Mai 1925), Berlin, 7. Juli 1925

ders., AfA-Bund u. ADB, Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik, Berlin, Februar 1926

ders., Wirtschaftslage, Kapitalbildung, Finanzen. Die Entwicklung in Deutschland von 1925 bis 1930, Berlin 1930

ADGB u. AfA-Bund, Umbau der Wirtschaft. Die Forderungen der Gewerkschaften, Berlin 1932

Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. Eine Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin 1929

Conference on Industrial Reorganisation and Industrial Relations, Interim Joint Report on Unemployment, adopted by the Full Joint Conference on 12th March, 1929, London 1929

ders., Final Report. Approved by the Representative Group of Employers and the Trades Union Congress General Council, London 1930

Deutscher Baugewerksbund, Arbeitslosenunterstützung bei berufstätiger Arbeitslosigkeit. Denkschrift, 1.4.1929

ders., Der freiwillige Arbeitsdienst - ein gefährlicher Notbehelf zu Lasten der Bauarbeiter, Berlin 1932

Engineering and Allied Employers' National Federation, Unemployment. Its Realities and Problems, London 1933

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde. Denkschrift, Berlin 1914(2)

Gewerkschaftliche Forderungen für den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Petition der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands u.a., Berlin, 30.6.1917

Hilft Arbeitsdienst gegen Arbeitslosigkeit? Schipp, schipp - Hurrah! Aufklärungsschrift der Sozialdemokratie, Berlin 1931

IGB, Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam, Dez. 1929

dies., Fighting World Economic Crisis and Unemployment. Pamphlet embodying the Findings of the Joint Unemployment Committee of the International Federation of Trade Unions and the Labour and Socialist International, Amsterdam 1931

International Labour Office (League of Nations), Unemployment. Some international Aspects 1920-1928. Report Presented to the Twelfth Session of the International Labour Conference, May-June 1929. Studies and Reports Series C (Employment and Unemployment) No.13, Genf 1929

dass., Unemployment Problems in 1931. Studies prepared by the International Labour Office in collaboration with Professors Ansiaux, Cole, Hahn and Hersch, Studies and Reports Series C (Employment and Unemployment) No.16, Genf 1931

Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929, hrsg. vom Vorstand der SPD, Berlin o.J.

Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr [1930-1931], Berlin usw. 1976 (Nachdr.)

Jahrbuch [1928-1931] des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin [1929-1932]

Joint Committee on Labour Problems after the War, The Prevention of Unemployment, in: The Problem of Unemployment after the War. Memoranda on the Prevention of Unemployment and the Necessity for the Revision of the Unemployment Insurance Acts, London 1917

Labour Party, Unemployment, the Peace and the Indemnity, London 1921

dies., Work for the Workless, London 1924

dies., "On the Dole" - or Off! What to do with Britain's Workless Workers, London 1926

dies., Report of the [28th-37th] Annual Conference, London [1928-1937]

dies., The Latest Conservative Attack on the Unemployed, London 1928

dies., A Labour Government and Unemployment, London 1929

dies., An Anti-Profiteering Programme, London 1929

dies., Conservative Attacks on the Unemployed, London 1929

dies., Hitting the Unemployed. The Tory Record, London 1929

dies., How to conquer Unemployment. Labour's Reply to Lloyd George, London 1929

dies., Work for the Unemployed, London 1930

dies., Labour and the Crisis. Reprint of a Speech at Burnley, Sept. 25th, 1931, by the Rt. Hon. Arthur Henderson, M.P., London 1931

dies., Labour's Call to the Nation. Manifesto of the Trades Union Congress General Council, the National Executive of the Labour Party, and the Consultative Committee of the Parliamentary Labour Party, London 1931

dies., Two Years of Labour Rule, London 1931

dies., Currency, Banking, Finance. The Labour Party Policy Report No.1, London 1932

dies., National Planning of Transport. Policy Report No.2, London 1932

dies., Reorganisation of the Electricity Supply Industry, Policy Report No.3, London 1932

dies., Smashing the Unemployed! The Meanness of the Means Test, London 1932

dies., The Land and the National Planning of Agriculture, Policy Report No.4, London 1932

dies., Banking and Finance. Study Guide No.1, London 1933

dies., Housing and Slums. Policy Report No.7, London 1933

dies., The Economic Situation. Study Guide No.2, London 1933

dies., The Iniquitous Means Test, London 1933

dies., The Land and Agriculture. Study Guide No.4, London 1933

dies., The Socialisation of Industry. Study Guide No.3, London 1933

dies., The Workers' Status in Industry. Study Guide No.5, London 1933

dies., Fair Rents and no Profiteering. Policy Report No.9, London 1934

dies., For Socialism and Peace. The Labour Party's Programme of Action, London o.J. [1934]

dies., Labour and Education. Policy Report No.8, London 1934

dies., Nazis, Nazism, Nazidom, London 1934

dies., Socialism and the Condition of the People, London 1934

- dies., Up with the Houses! Down with the Slums! Policy Report No.10, London 1934
- dies., Labour's Financial Policy, London 1935
- dies., Unemployment is the Real Issue, London 1935
- dies., What Socialism will really mean to you, London 1935
- dies., Currency, Banking and Finance, London 1936
- dies., Why the Banks should be Nationalised. By a Bank Manager, London 1936
- dies., Central Scotland. Report of the Labour Party's Commission of Enquiry into the Distressed Areas, London, Juli 1937
- dies., Durham and the North East Coast. Report of the Labour Party's Commission of Enquiry into the Distressed Areas, London, April 1937
- dies., Lancashire. Report of the Labour Party's Commission of Enquiry into the Distressed Areas, London, September 1937
- dies., South Wales. Report of the Labour Party's Commission of Enquiry into the Distressed Areas, London, Mai 1937
- dies., The Distressed Areas. A Programme of Immediate Action. Labour Commission's Interim Report, London, Januar 1937
- dies., West Cumberland. Report of the Labour Party's Commission of Enquiry into the Distressed Areas, London, März 1937
- Liberal Party, At Work Once More. The Liberal Plan to conquer Unemployment, London 1929
- dies., Can the Liberal Pledge be Carried Out? Reprint of an Article by J. M. Keynes in the Evening Standard on March 19th, 1929, London 1929
- dies., We can Conquer Unemployment. Mr. Lloyd George's Pledge, London 1929
- Men Without Work. A Report Made to the Pilgrim Trust. With an Introduction by the Archbishop of York and a Preface by Lord Macmillan, London usw. 1938
- National Council of Labour, Boycott German Goods! Boycott German Services! London 1934
- dies., Fascism. The Enemy of the People!, London 1934
- dies., What is this Fascism?, London 1934
- dies., British Labour and Communism, London 1935
- dies. and the Co-operative Union, Statement on Fascism at Home and Abroad, London 1934

- dies., Lancashire Federation of Labour Parties and Lancashire and Cheshire Federation of Trades Councils, The Problem of Unemployment in Lancashire and on Merseyside. Memoranda and Re-solutions to be considered at a Regional Conference in the Spinners' Hall, Bolton on Saturday, April 30, 1938, at 3 p.m., London 1938
- dies. and South Wales Regional Council of Labour, Memorandum and Resolution on the Problem of Unemployment to be considered at the Regional Conference at Cory Hall, Cardiff on Saturday, April 9th, 1938 at 2.45 p.m., Cardiff 1938
- National Joint Council, Workless. A Social Tragedy, London 1933
- dies., Labour and the Unemployment Bill, London 1934
- Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (3. Bundestag des ADGB), abgehalten in Hamburg vom 3. bis. 7. September 1928, Berlin 1928
- Protokoll der Verhandlungen des 14. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (4. Bundestag des ADGB), abgehalten in Frankfurt a.M. vom 31. August bis 4. September 1931, Berlin 1931
- Protokoll. Internationale Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Paris, 21.-25. August 1933 (Kongreß-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd.5), Glashütten i. Taunus 1976 (Neudr. d. Ausg. Paris 1933)
- Rechenschafts-Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 1. Juni 1914 bis 31. Mai 1919, Berlin 1919
- Reichsarbeitsgemeinschaft "Sozialer Dienst" (Hg.), Die sozialpädagogische Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes (Sonderdruck aus der "Sozialistischen Bildung", Monatsschrift des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit), Berlin, Dez. 1932
- STUC, [32nd-36th, 39th-41st] Annual Report, Glasgow [1929-1933, 1936, 1938] (die Berichte von 1934, 1935 u. 1937 konnten nicht eingesehen werden)
- TUC, Report of Proceedings at the [52nd-71st] Annual Trades Union Congress, London [1920-1939] (der Bericht von 1923 konnte nicht eingesehen werden)
- dies., Administering Unemployment Insurance. Report of Trades Union Congress Deputation to the Minister of Labour, London 1929
- dies., "Genuinely Seeking Work" (An Analysis of Conditions and Procedure). Evidence submitted on behalf of the Trades Union Congress General Council to the Morris Committee on Unemployment Insurance, August 27th, 1929, London 1929
- dies., Commonwealth Trade: A New Policy, London 1930
- dies., Fair Play for the Unemployed. The Trade Union Case against the Royal Commission's Report, London 1931

- ders., Royal Commission on Unemployment Insurance. The Trades Union Congress Scheme for State Provision for Unemployment Benefit, London 1931
- ders., Pauperising the Unemployed. The T.U.C. Case against the Means Test, London 1932
- ders., The Government evades its National Responsibility. T.U.C. Criticism of the Unemployment Bill, 1933, London 1933
- ders., The Right to Live. A T.U.C. Defence of the Claims of the Unemployed, London 1933
- ders., Cotton. The T.U.C. Plan of Socialisation, London 1935
- ders., No Pauperisation of the Unemployed! The Fight against te Unemployment Assistance Board's Regulations, London 1935
- ders., Unemployment Assistance. Means Test Regulations, London 1935
- ders., Coal. The Labour Plan, London 1936
- ders., Unemployment and the Cost of Living, London 1937
- ders. u. Labour Party, The Administration of the Unemployment Insurance Acts, London 1923
- ders., Labour Party u. Miners' Federation of Great Britain, The Mining Situation: An Immediate Programme, London 1928
- Unemployment: A Labour Policy. Report of the Joint Committee on Unemployment appointed by the Parliamentary Committee of the TUC and the Labour Party Executive, London, 27. Januar 1921

Vierter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Wien, 25. Juli bis 1. August 1931. Berichte, Verhandlungen und Beschlüsse (Kongreß-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 4/1 u. 4/2), Glashütten i. Taurus 1974 (unveränd. Nachdr. d. Ausg. Zürich 1932)

Wirtschaftskrisis und Gewerkschaftsforderungen. Denkschrift der Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften an die Reichsregierung (Eine Antwort auf die Eingabe der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an den Reichskanzler vom 12. Mai 1925), Berlin, 7. Juli 1925

III. Zeitgenössische Literatur und biographische Erinnerungen

(Einzelbeiträge aus Zeitschriften und Zeitungen werden nur dann aufgeführt, wenn sie im Text gesondert erwähnt wurden.)

A.[rons], H.[ans], Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP, in: GZ 41 (1931), S.130-33

- Beales, H. L., u. R. S. Lambert (Hg.), Memoirs of the Unemployed, Wakefield 1973 (Nachdr.; zuerst ersch. bei Victor Gollancz 1934)
- Benjamin, Lawrence, The Position of the Middle-Class Worker in the Transition to Socialism, hrsg. v. der Labour Party, London 1935
- Beveridge, William, An Analysis of Unemployment I, in: *Economica* 3, New Ser. (1936), S.357-86
- ders., An Analysis of Unemployment II, in: *Economica* 4, New Ser. (1937), S.1-17
- ders., An Analysis of Unemployment III, in: *Economica* 4, New Ser. (1937), S.168-83
- Bevin, Ernest, Statement on Melchett-Turner Unemployment Report, London o.J. [1929]
- ders., My Plan for Two Million Workless, London 1933
- Bondfield, Margaret, A Life's Work, London o.J.
- Braun, Adolf, Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften, Stuttgart 1908
- Brünig, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970
- Burns, Eveline M., British Unemployment Programs, 1920-1938. A Report prepared for the Committee on Social Security, Washington 1941
- Citrine, Walter M., The Trade Unions in the General Election. Report of Speech at the Demonstration held in the Spa Hall, Scarborough, 7h October, 1931, London 1931
- ders., Trades Union Congress in Session, London 1935
- ders., What the T.U.C. is doing, London [1935-1937]
- ders., Men and Work. An Autobiography, Westport, Connecticut 1976 (Nachdr.; zuerst ersch. London 1964)
- Cole, G. D. H., An Introduction to Trade Unionism, London 1953
- ders., A Short History of the British Working-Class Movement 1789-1947, London 1966 (Neuauf. d. 4. Aufl. v. 1948)
- ders., u. Ernest Bevin, The Crisis, in: ders., *Economic Tracts for the Times*, London 1932 (Nachdr.; zuerst ersch. im New Statesman and Nation, Okt. 1931), S.11-65
- Cook, Arthur J., The Nine Days. The Story of the General Strike told by the Miners' Secretary, London [1926]
- ders., The Mond Moonshine. My Case Against the "Peace" Surrender, London [1928]

ders., Mond's Manacles. The Destruction of Trade Unionism, London [1928]

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1927-1932, hrsg. vom Büro des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates nach grundlegender Vorarbeit durch Dr. H. Hauschild, Berlin 1933

Eckert, Christian, Englands Aufstieg und Gefährdung in der Weltwirtschaft, Berlin 1932 (Nachdr. in: *Seeds of Conflict. Series 10. Economic Depression and Political Expansion. Europe and Japan between the Wars: Western Europe, Nendeln, Liechtenstein 1982*)

Engler, Wilhelm, Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung, hrsg. v. ADGB / Bezirk Hessen u. Hessen-Nassau, Frankfurt/M. o.J. [um 1930]

Erdmann, Lothar, Kreuzzug gegen den demokratischen Sozialismus, in: GZ 40 (1930), S.545-48

Walter Fey, Leistungen und Aufgaben im Deutschen Wohnungs- und Siedlungsbau, (Sonderhefte des Instituts für Konjunkturforschung, 42), Berlin 1936

Gallacher, William, Mondism and MacDonaldism, hrsg. v. der Communist Party of Great Britain, London 1928

Greenwood, Walter, Love on the Dole, Harmondsworth 1987 (Nachdr.; 1. Aufl. 1933)

ders., Lancashire, London 1951

Grenfell, David, Labour's Way to plan Prosperity, London 1935

Hannington, Wal, Unemployed Struggles 1919-1936. My Life and Struggles Amongst the Unemployed, London 1936

ders., The Problem of the Distressed Areas, London 1937

ders., Never on our Knees, London 1967

Hardie, J. Keir, John Bull and his Unemployed. A Plain Statement on the Law of England as it affects the Unemployed, London 1905

Hermens, F. A., Der Staat und die Weltwirtschaftskrise, Berlin usw. 1936

Hill, A. C. C. Jr., u. Isador Lubin, The British Attack on Unemployment, Washington, D.C., 1934

Jahoda, Marie, Arbeitslose bei der Arbeit. Die Nachfolgestudie zu "Marienthal" aus dem Jahr 1938, hrsg. u. mit e. Einführung versehen von Christian Fleck (Studien zur historischen Sozialwissenschaft, Bd.11), Frankfurt/M. usw. 1989

dies., Paul F. Lazarsfeld u. Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie, Allensbach usw. 1960 (2. unveränd. Aufl.; 1. Aufl. Leipzig 1933)

Kahn-Freund, Otto, Der Funktionswandel des Arbeitsrechts, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 67 (1932) (Nachdr.: Johnson Reprint Corp., New York usw. 1971), S.146-74

Keynes, John Maynard, The Economic Consequences of Mr. Churchill, London 1925 (Nachdr. in: *Seeds of Conflict. Series 10. Economic Depression and Political Expansion. Europe and Japan between the Wars: Western Europe, Nendeln, Liechtenstein 1982*)

ders., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1983(6) (zuerst ersch. als: "The General Theory of Employment, Interest and Money", London 1936)

Kleine, Gerhard, Groß-Britanniens Ausgaben für Zwecke der öffentlichen Sozial- und Wohlfahrtspolitik vor und nach der Wirtschaftskrise von 1931, Leipzig, Phil. Diss., 1939

Lederer, Emil, u. Jakob Marschak, Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Organisationen, in: Grundriß der Sozialökonomik, IX. Abt.: Das soziale System des Kapitalismus, II. Teil: Die autonome und staatliche Binnenpolitik im Kapitalismus, bearb. von G. Albrecht u.a., Tübingen 1927, S.106-258

Legien, Carl, Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis. Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Hamburg 1899

ders., Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1911(2)

Lehmann, Bruno, Wege zu Arbeit und Brot. Betrachtungen und Berechnungen über die Auswirkung der Streichung von Produktivausgaben in den öffentlichen Haushalten, hrsg. v. ADGB / Bezirk Pommern-Mecklenburg-Strelitz, Stettin o.J. [um 1931]

Leipart, Theodor (Hg. i. A. des ADGB), Die 40 Stunden - Woche. Untersuchungen über Arbeitsmarkt, Arbeitsertrag und Arbeitszeit, Berlin 1931

Lloyd George, David, The Liberal Pledge to Conquer Unemployment. A Speech delivered to Liberal Candidates on March 1st, 1929, London 1929

ders., the Marquess of Lothian u. B. Seebohm Rowntree, How to Tackle Unemployment. The Liberal Plans as laid before the Government and the Nation, London 1930

MacDonald, James Ramsay, The New Unemployed Bill of the Labour Party, London 1907

McKenzie, G. Grant, Unemployment Assistance Guide, hrsg. v. der Labour Party, London 1936

Milne-Bailey, Walter, Nicht Wirtschaftsfriede, sondern Reorganisation der Wirtschaft, in: DA 5 (1928), H.2, S.131 ff.

ders., Die englische Gewerkschaftsbewegung und die Wirtschaftsdemokratie, in: DA 5 (1928), H.6, S.371-78 (Teil 1), H.7, S.433-44 (Teil 2)

ders., Die englische Wirtschaftskonferenz, in: DA 5 (1928), H.9, S.547-64

ders., Der englische Gewerkschaftskongress, in: DA 5 (1928), H.9, S.590-92

- ders., Die englische Wirtschaftskonferenz und das Problem der Arbeitslosigkeit, in: DA 6 (1929), H.4, S.240-48
- ders., Der englische Gewerkschaftskongress und die Unternehmerorganisationen, in: DA 7 (1930), H.5, S.341-44
- ders., Währungspolitik und Wirtschaftskrise, in: DA 8 (1931), H.11, S.805-15
- Mord, Alfred, The Remedy for Unemployment. Get the Workers Back to Work!, o.O., o.J. [1925]
- Mosley, Oswald, A National Policy. An Account of the Emergency Programme advanced by Sir Oswald Mosley M.P., London 1931 (Nachdr. in: Seeds of Conflict. Series 10. Economic Depression and Political Expansion. Europe and Japan between the Wars: Western Europe, Nendeln, Liechtenstein 1982)
- Naphtali, Fritz, Neuer Angelpunkt der aktiven Konjunkturpolitik oder Fehlleitung von Energien?, in: DA 8 (1931), S.485-97
- ders., Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, hrsg. u. eingel. von Rudolf F. Kuda, Köln usw. 1977(4) (zuerst ersch. 1928)
- Orwell, George, Der Weg nach Wigan Pier, Zürich 1982 (zuerst ersch. als "The Road to Wigan Pier", London 1937)
- Pimlott, Ben (Hg.), The Political Diary of Hugh Dalton, 1918-40, 1945-60, London 1986
- Priestley, J. B., English Journey, Chicago 1984 (Nachdr.; 1. Aufl. 1934)
- Pünder, Hermann, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932, hrsg. von Thilo Vogelsang (Schriftenreihe der VfZ, Nr.3), Stuttgart 1961
- Reithinger, Anton, Stand und Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland und Vorschläge zu ihrer Bekämpfung. Teil A: Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Arbeitslosigkeit in Deutschland, abgeschlossen Ende Dezember 1931; Teil B: Die Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland und Vorschläge zu ihrer Bekämpfung, abgeschlossen Anfang Januar 1932 (Typoskript im Bestand der UB Mannheim; publiziert als: ders., Stand und Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 29, Berlin 1932)
- Riemensberger, E. F., Die deutschen Faschisten und das italienische Beispiel, in: GZ 41 (1931), S.232 f.
- Smyth, J. L., Unemployment Insurance. An Analysis of the Present Position, hrsg. v. TUC, London 1930
- ders., Notes on the Unemployment Assistance Regulations, 1936, hrsg. v. National Council of Labour, London 1936

- Spliedt, Franz, u. Dr. Bruno Broecker, Die Versorgung der Arbeitslosen nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung, hrsg. vom ADGB, Berlin 1932
- Snowden, Philip, An Autobiography, Bd. 2: 1919-1934, London 1934
- Stamper, Friedrich, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach/M. 1947(2)
- ders., Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957
- Tarnow, Fritz, Warum arm sein?, Berlin 1928
- Thomas, James H., My Employment Policy, in: Labour Magazine Bd.8, Nr.8, 1929 [in: Archives of the Trades Union Congress, Series III: Periodicals and Serials 1918-1977, Reel 9, Brighton 1981]
- Umbreit, Paul, 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung. 1890-1915, Berlin 1915
- ders., Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften, Berlin 1916
- ders., Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften. Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm, Berlin 1918
- Wagemann, Ernst, Kurven und Zahlen zur Wirtschaftslage in Deutschland, hrsg. v. Institut für Konjunkturforschung, Berlin 1932
- Webb, Sidney u. Beatrice, The History of Trade Unionism, London 1950(2) (Nachdr.)
- West, F. R., Trickery and Treachery of the "National" Government, hrsg. v. der Labour Party, London 1935
- Wilkinson, Ellen, u. Edward Conze, Why Fascism? London 1936
- Wissell, Rudolf, Die Sozialpolitik nach dem Kriege, Berlin 1929
- Woytinsky, Wladimir, Arbeitslosigkeit oder verkürzte Arbeitszeit, in: Berliner Tageblatt Nr.555 v. 25.11.1930
- ders., Die Arbeitslosigkeit im Jahre 1932, Teil I u. II, in: GZ 43 (1933), S.86-88, 104 f.

IV. Archivalische, bibliographische und statistische Hilfsmittel und Nachschlagewerke

- Allen, Victor Leonard, International Bibliography of Trade Unionism, London 1968
- Bain, George Sayers u. Robert Price, Profiles of Union Growth. A Comparative Statistical Portrait of Eight Countries, Oxford 1980

- dies., *The Labour Force*, in: A. H. Halsey (Hg.), *British Social Trends Since 1900. A Guide to the Changing Social Structure of Britain*, London usw. 1988(2), S.162-201
- Bibliothek der sozialen Demokratie / Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bonn 1976 ff.
- Brunner, Detlev, *Quellen zur Gewerkschaftsgeschichte. Bestandsverzeichnisse Ostberliner Archive zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1933*, Essen 1992
- Butler, David, u. Gareth Butler, *British Political Facts 1900-1985*, London 1986(6)
- Consolidated Guide to the Modern Records Centre (University of Warwick Library Occasional Publication No.14), compiled by Richard Storey and Alistair Tough, Coventry 1986
- Cook, Chris, u. John Stevenson, *Longman Atlas of Modern British History. A Visual Guide to British Society and Politics 1700-1970*, London 1978
- dies., *The Longman Handbook of Modern British History 1714-1987*, London usw. 1989(2)
- Craig, F. W. S. (Hg.), *British General Election Manifestos, 1900-1974*, London 1975
- dies., *British Electoral Facts 1885-1975*, London 1976(3)
- dies., *British Parliamentary Election Results 1918-1949*, London 1977(2)
- Degen, Günther R., *Zur Geschichte und Gegenwart der Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien. Ein Literaturbericht*, in: IWK 12 (1976), S.461-81
- Deutsche Bank, Filiale Hamburg (Hg.), *Devisenkurse 1924-1933. Monats-Durchschnittskurse für London, New York, Amsterdam, Stockholm, Zürich, Paris. Errechnet nach den Notierungen an der Berliner Börse, Hamburg o.J.*
- dies., *Devisenkurse 1934-1945. Monats-Durchschnittskurse für London, New York, Amsterdam, Stockholm, Zürich, Paris. Errechnet nach den Notierungen an der Berliner Börse, Hamburg o.J.*
- Dictionary of National Biography*, 1971-80, hrsg. von Lord Blake u. C. S. Nicholls, Oxford 1986
- Dictionary of National Biography*, 1981-85, hrsg. von Lord Blake u. C. S. Nicholls, Oxford 1990
- Dowe, Dieter, u. Kurt Klotzbach (Hg.), *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, Berlin usw. 1984(2)
- Duffield, Sarah, u. Richard Storey, *The Trades Union Congress Archive 1920-60* (University of Warwick Library Occasional Publication No.19, Modern Records Centre Sources Booklet No.5), Coventry 1992

- Feinstein, C. H., *Statistical Tables of National Income, Expenditure and Output of the U.K. 1855-1965*, Cambridge usw. 1976 (zuerst ersch. als Teil von ders., *National Income, Expenditure and Output of the United Kingdom, 1855-1965*, Cambridge 1972)
- Flora, Peter u.a. (Hg.), *State, Economy, and Society in Western Europe 1815-1975. A Data Hand-book in two Volumes*, Frankfurt/M. usw., Bd.1: *The Growth of Mass Democracies and Welfare States* (1983); Bd.2: *The Growth of Industrial Societies and Capitalist Economies* (1987)
- Freese, Matthias, *Kooperation und Konflikt. Neuere Studien zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik*, in: *Neue Politische Literatur* 36 (1991), S.405-49
- Grahn, Gerlinde, *Quellen zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung im Zentralen Staatsarchiv*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 25 (1983), S.248-55
- dies., *Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zwischen der Mitte des vergangenen Jahrhunderts und 1945 in den Nachlässen des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam*, in: *IWK* 29 (1993), S.26-43
- Hoffmann, Walter G., *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin usw. 1965
- Klotzbach, Kurt, *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1914-1945: Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften. Christlich-Soziale Bewegungen. Kommunistische und linke Splittergruppen*, Bonn 1981 (3., erweit. Aufl.)
- Kolb, Eberhard, *Literaturbericht: Weimarer Republik*, 3 Teile, in: *GWU* 43 (1992), S.311-21, 636-51, 699-721
- Kuba, Karlheinz, *Archiv- und Bibliotheksbestände zur Gewerkschaftsgeschichte in der Johannes-Sassenbach-Stiftung*, in: *IWK* 27 (1991), S.35-43
- Mitchell, Brian R., *European Historical Statistics 1750-1975*, New York usw. 1981 (2., überarb. Aufl.)
- Paul, Hans-Holger, *Nachlässe von Persönlichkeiten der Deutschen Arbeiterbewegung (vor dem 3. Oktober 1990) und West-Berlins. Ein Spezialinventar*, Bonn 1990
- Petzina, Dietmar, *Werner Abels Hauser u. Anselm Faust, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch*, Bd. 3: *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945*, München 1978
- Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1: *Politikwissenschaft. Theorien - Methoden - Begriffe*, hrsg. v. Dieter Nohlen u. Rainer-Olaf Schultze, München usw. 1985
- Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 2: *Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft - Gesellschaft - Politik*, hrsg. v. Manfred G. Schmidt, München usw. 1983

- Royal Historical Society (Hg.), *Annual Bibliography of British and Irish History*, Oxford 1976 ff.
- Schmidt-Liebich, Jochen, *Daten der englischen Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1977
- Smith, Harold, *The British Labour Movement to 1970: A Bibliography*, London 1981
- Statistisches Reichsamt (Hg.), *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, Bd.48-57, Berlin 1929-1938
- Stenton, Michael u. Stephen Lees (Hg.), *Who's Who of British Members of Parliament*, Bd.3: 1919-1945, Brighton 1979
- Reichsministerium des Innern (Hg.), *Handbuch für das Deutsche Reich 1929*, 44. Jg., Berlin 1929
- dass., *Handbuch für das Deutsche Reich 1931*, 45. Jg., Berlin 1931
- Supplement to the Consolidated Guide to the Modern Records Centre (University of Warwick Library Occasional Publication No.20), compiled by Richard Storey, Alistair Tough and Christine Woodland, Coventry 1992
- Swann, Brenda, u. Maureen Turnbull, *Records of Interest to Social Scientists. Unemployment Insurance 1911 to 1939* (Public Record Office Handbooks No.16), London 1975
- dies., *Records of Interest to Social Scientists 1919 to 1939. Employment and Unemployment* (Public Record Office Handbooks No.18), London 1978
- Tenfelde, Klaus (Hg.), *Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung* (HZ, Sonderhefte, Bd.15), München 1986
- Trades Union Congress Deposited Records (MSS.292) (Modern Records Centre Information Leaflet No.9), Coventry 1992
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung in der Gegenwart, hrsg. v. Hubert Michaelis u. Ernst Schaepler, Berlin, Bd.7: Die Weimarer Republik, 1928-1930 (1962); Bd.8: Die Weimarer Republik 1930-1933 (1963)
- Verzeichnis der in der Bibliothek des Deutschen Gewerkschaftsbundes vorhandenen Berichte und Protokolle der Ortskartelle bzw. Gewerkschaftskartelle der Gewerkschaften vor 1933 (Ms.), zus.gestellt v. Marlies Kaiser, Stand 1.8.1982
- Voßke, Heinz, *Über die Bestände des Archivs im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Berlin*, in: *IWK 26* (1990), S.191-97
- Wendt, Bernd-Jürgen, *Historische Aspekte der englischen Arbeiterbewegung. Ein Literaturbericht*, in: *AfS 19* (1979), S.527-64